

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bred. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 8. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Das kranke kapitalistische Wirtschaftssystem.

Noch nie ist der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung so klar zutage getreten wie in den letzten Wochen; noch nie hat sich deutlicher gezeigt, daß diese Wirtschaftsordnung unfähig ist, zum Heile der Menschheit zu arbeiten; noch nie ist es auch dem einfältigsten Konsumenten so verständlich geworden, daß diese Wirtschaftsordnung von einer anderen abgelöst werden muß, die es besser versteht, für die ganze Menschheit zu arbeiten, und nicht nur für eine kleine Schicht von Bevorzugten, die die finanzielle Macht und die Produktionsmittel in den Händen haben.

Die Tatsache, daß es sich bei der gegenwärtigen Krise nicht um eine Teilerkrankung des Wirtschaftskörpers handelt, sondern daß wir eine Weltwirtschaftskrise von allergrößtem Umfange haben, beweist, daß es nicht die Eigenart der einzelnen Länder und der einzelnen Volkswirtschaften ist, die diese Fiebererscheinungen im Wirtschaftsleben hervorruft. Es ist ein Fehler, vielmehr, es sind die Fehler des Systems, die zu den Erscheinungen führen mußten, die wir heute in fast allen Staaten beobachten. Sinkende, aber immer noch zu hohe Produktion der noch viel mehr gesunkenen Kaufkraft gegenüber, gleichbleibende oder gar erhöhte Preise bei Ausfall von Kaufkraft und eine ungeheure Arbeitslosigkeit in den allermeisten Ländern, das ist die Entwicklung des Kapitalismus, wie sie vor Jahrzehnten schon Karl Marx vorausgesagt hat. Unsere marxistisch geschulte Erkenntnis und Beobachtung findet in den gegenwärtigen Krisenerscheinungen den Beweis dafür, daß der Kapitalismus notwendig zu diesen Zuständen führen mußte, daß er schließlich nicht mehr in der Lage sein wird, bei gleichbleibender (im schlimmsten Fall) oder gar bei steigender Warenproduktion (das ist der normale Fall) seine Lohnsklaven zu ernähren und ihnen nicht einmal mehr die nackte Existenz zu sichern.

Die Produktion hat in den letzten Wochen einen Rückgang erfahren, aber im Vergleich zu den sinkenden Zahlen der Beschäftigten ist das kein Rückgang, im Gegenteil, die fortschreitende Rationalisierung führt zu steigender Produktion bei vermindertem Arbeiterzahl. Gewiß ist die technische Entwicklung nicht aufzuhalten; aber gerade in Deutschland sind in den letzten Jahren soviel Rationalisierungsfehler gemacht worden, daß die deutsche Arbeitslosigkeit nicht zum wenigsten eine Folge der überstürzten und teilweise verfehlten, unvernünftigen Rationalisierung in der deutschen Wirtschaft ist. Das wird den deutschen Unternehmern auch von englischen Wirtschaftsführern bestätigt. Die angesehenen englische Wirtschaftszeitung „Economist“ schreibt, daß ein Drittel der gegenwärtig in Deutschland Arbeitslosen ganz sicher ein Opfer dieser Rationalisierungsfehler, der Überproduktion und des mangelnden Absatzes der Waren sei.

Diese Ansicht vertritt auch das Institut für Konjunkturforschung in seiner neuesten Veröffentlichung. Es führt ebenfalls die Krise zu einem sehr großen Teil auf die Überproduktion in Industrie und Landwirtschaft zurück. Allerdings berichtigt es, daß diese Überproduktion nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern und vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika den Anstoß zu der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise gegeben habe. Diese Darlegungen stehen in erfreulichem Gegensatz zu den von den Unternehmern immer wieder angeführten Gründen für die trostlose Wirtschaftslage, Geldknappheit und die zu hohen Soziallasten und den zu stark gesteigerten Lohnanteil. Gerade in Bezug auf die Löhne und Gehälter sagt das Institut für Konjunkturforschung, daß die Steigerung der Löhne und Gehälter überall nur einen Bruchteil der Produktionssteigerung ausmacht. Das ist eine Feststellung, die den deutschen „Lohnabbauern“ nicht gerade angenehm in die Ohren klingen wird, aber desto mehr von unseren Kollegen in ihren Auseinandersetzungen mit den Unternehmern beachtet und ausgenutzt werden sollte.

Der Überproduktion, gemessen an der sinkenden Kaufkraft, steht ein starkes Bedürfnis der großen Massen der Bevölkerung gegenüber. Dieses Bedürfnis kann aber nicht befriedigt werden, eben der mangelnden Kaufkraft wegen. Und die Regierung Brüning tut noch ein übriges dazu, um den Hunger des deutschen Volkes zu steigern. Während in Amerika und vielen anderen Staaten angesichts der reichlichen Ernten die Getreidepreise sinken, werden sie in Deutschland künstlich hochgehalten, im Interesse der notleidenden Landwirtschaft. Dafür hat die Regierung Brüning Geld übrig; mehr als 100 Millionen hat sie zu diesem Zweck aufgewendet und wie es aussteht, sogar freudigen Herzens bewilligt, nur damit die Arbeiterschaft kein billigeres Brot bekommt. Das reicht sich würdig dem anderen an, was diese Regierung schon getan hat, um die Not der arbeitenden Bevölkerung zu steigern und die „nationale Wirtschaft“ zu sanieren. Dieser Sanierung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft soll sicher auch die geplante neue Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 6 1/2 Prozent dienen. Anstatt die Kaufkraft der Bevölkerung durch Preislenkungen zu heben, hält die Regierung die Getreidepreise künstlich hoch. Was der Ausfall an Kaufkraft, der infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit

eintreten muß, für die Wirtschaft bedeutet, kann man daran ermessen, daß der Lohnausfall in Deutschland durch Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr 1930 etwa 1850 Millionen Mark betrug, im zweiten Vierteljahr 1400 Millionen. Daß das Fehlen dieser Summen auf dem inneren Markt (denn die Arbeiterschaft muß doch ihren Lohn sofort wieder umsetzen) wieder erneute Arbeitslosigkeit hervorrufen muß, liegt auf der Hand, und so sind denn die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt so trostlos wie noch nie zuvor. Dazu kommt, daß der Ausgang der Reichstagswahlen alles andere eher als anregend auf die deutsche Wirtschaft wie auf die Weltwirtschaft überhaupt gewirkt hat. Der finanzielle Schaden, den dieser Ausgang der Wahlen anrichtete, ist unübersehbar, die Schwächung des Vertrauens des Auslandes in Deutschland ist schwer wieder gutzumachen, um so mehr, als die „Regierung der Tat“ ein erbarmungswürdiges Bild der Hilflosigkeit den drängenden politischen und wirtschaftlichen Problemen gegenüber bietet.

Doch es naht der Zeiten Wende...

Reiche Ernten, volle Speicher, Warenberge ringsumher; täglich wird „die Wirtschaft“ reicher; täglich wächst der Segen mehr. Arbeitsvolk in harter Fron schafft, schafft für kargen Lohn.

Millionen Hände rasten, Millionen arbeitslos, seufzen unter Elendslasten, darben, hungern hoffnungslos. In den Ohren klingt's wie Hohn: Trostlos steigt die Produktion.

Doch es naht der Zeiten Wende, und das Volk schreitet zur Tat, nimmt das Geschick in eigne Hände, bringt dem Proletariat Frieden, Freiheit, Arbeit, Lohn, leitet selbst die Produktion. S. 2.

Eine Wirtschaftsordnung, die ihren Arbeitssklaven nicht mehr die allerbestmögliche Existenz sichern kann oder will, die das Volk bei vollen Schenkern Hunger leiden läßt, die vergiftet, daß die erste Aufgabe der Wirtschaft die ausreichende Versorgung des Volkes mit den materiellen Gütern der Kultur ist, die ihren Zweck nur darin sieht, einzelne kleine Gruppen zu bereichern und die großen Massen der Bevölkerung immer tiefer in Not und Elend führt, ist wert, daß sie beseitigt wird. Die gegenwärtige Krise ist keine Krise, die zur Gesundung führt, sie ist eine der letzten Zuckungen eines sterbenden Körpers. Den Gewerkschaften ist die Hauptrolle bei der Ersetzung des alten unfähigen Systems durch das neue lebenskräftige und lebenspendende sozialistische Wirtschaftssystem zugewiesen, sie sollen den Übergang möglichst rasch und möglichst schmerzlos für die Arbeiterklasse gestalten. Vorher aber müssen sie den unglücklichen Opfern der gegenwärtigen Krise helfen, indem sie alle Kräfte zur Linderung und Beseitigung der Not dieser Opfer einsetzen, und eintreten für Arbeitsbeschaffung, Schutz und Stärkung der Kaufkraft, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung der Löhne und Ausbau der sozialen Versicherungen. Das ist Dienst an den arbeitenden Massen, es ist aber auch Dienst an der Wirtschaft, und es ist höchster Dienst an der Menschheit.

Leonhard Wörner 60 Jahre alt.

Leonhard Wörner, der im Jahre 1927 sein 25jähriges Gauleiterjubiläum in unserm Verbands feierte, vollendet am 3. Oktober sein 60. Lebensjahr. Die Führerpersönlichkeit Wörners ist besonders mit der Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes im Gau 11 (Württemberg und Oberbaden) eng verknüpft. Am 5. Dezember 1896 trat er dem „Verein der Handelshilfsarbeiter, Zahlstelle Kammstätt“ bei. In diesem mit 35 Mitgliedern dieses Vorläufers der Gewerkschaften trat er nachher dem Verband der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter bei. Ende 1898 hatte es die Zahlstelle Kammstätt unter seiner rührigen Mitarbeit als erste des Fabrikarbeiterverbandes in Württemberg auf 81 männliche und 10 weibliche Mitglieder gebracht. Allen beherrschenden Schikanen zum Trotz gelang es ihm, durch weitere unermüdliche Agitation im Laufe der folgenden Jahre weitere Zahlstellen zu gründen und auszubauen. Als im Oktober des Jahres 1900 für Württemberg ein eigener Gau errichtet werden konnte, fiel die Wahl des Vorsitzenden des Gauvorstandes auf unseren Jubilar; im Jahre 1902 erfolgte dann seine Anstellung als besoldeter Gauleiter. Diesen Posten bekleidet er auch heute noch in geistiger und körperlicher Frische. Wege es ihm noch lange Jahre vergönnt sein, seine reiche Arbeitskraft und Erfahrung der Arbeiterbewegung zu widmen. In diesem Sinne unsere herzlichste Gratulation.

Die deutsche Berufsschule für männliche ungelernete Jugendliche.

Der Unterschied zwischen den hohen Zahlen der westdeutschen Städte und den niedrig... süddeutschen erklärt sich aus dem Unterschied in der Wirtschaftsstruktur. Süddeutschland ist in viel höherem Grade handwerklich gerichtet. Die Industrie Süddeutschlands nimmt außerdem ihren Nachwuchs gern aus den Kreisen der Handwerkslehrlinge und besetzt sich nur in geringem Umfange mit der Lehrlingsausbildung selbst. Dasselbe geschieht zwar überall in gewissem Grade; jedoch bildet die westdeutsche Industrie und die Industrie in einigen großen Städten des übrigen Deutschland ihren Nachwuchs heute größtenteils selbst aus und bedient sich dazu eigener Lehrwerkstätten und Ausbildungsgänge, ja sogar vielfach eigener Berufsschulen (Werkschulen).

Die verschiedene Wirtschaftsstruktur zwischen West- und Süddeutschland spiegelt sich etwa darin, daß von zwei gleichgroßen Städten wie Trier und Ulm die erste Stadt mehr als neunmal soviel ungelernete jugendliche Arbeiter hat wie Ulm. Auch Hamm und Bamberg haben die gleiche Einwohnerzahl, jedoch hat Hamm mehr als achtmal soviel ungelernete jugendliche Arbeiter wie Bamberg. Recklinghausen hat fünfmal soviel wie das etwas größere Darmstadt, Wattenscheid mit 62 000 Einwohnern neunmal soviel wie Regensburg mit 79 000 Einwohnern, Oberhausen achtmal soviel wie das gleichgroße Mainz, Barmen-Elberfeld sechsmal soviel wie das gleichgroße Stuttgart.

Die von mir festgestellten Gesamtzahlen von ungelerneten männlichen Jugendlichen in den Berufsschulen betragen in den Großstädten rund 74 000. In den Mittelstädten mit Einwohnerzahlen zwischen 50 und 100 000 habe ich rund 12 000 männliche ungelernete Jugendliche festgestellt. 48 Städte mit Einwohnerzahlen zwischen 20 und 50 000 haben rund 6700 ungelernete Jugendliche gemeldet. Die Gesamtzahl in den befragten Orten dürfte also an 100 000 heranreichen. Das macht für jeden der drei Jahrgänge rund 33 000 Jugendliche.

Nimmt man den Durchschnitt der Verhältniszahlen bei 3,5 auf 1000 Einwohner, so gehören von etwa 80 Städten, die berichtet haben, rund 40 zu der Gruppe mit dem höheren und die anderen etwa 40 zur Gruppe mit dem niedrigeren Satz. Zur ersteren Gruppe gehören fast 30 westdeutsche Städte und nur drei aus Süddeutschland, während zu der zweiten Gruppe nicht weniger als 17 süddeutsche Städte gehören. Die großen Zentren des Verkehrs gehören fast alle zur Gruppe mit der höheren Verhältniszahl. Von diesen haben Königsberg und Danzig auffallend hohe, Bremen und München auffallend niedrige Ziffern.

In den meisten Städten werden die ungelerneten männlichen Jugendlichen in besonderen Klassen zusammengefaßt. Wo es die Zahl zuläßt, werden die drei Jahrgänge voneinander getrennt, also drei aufsteigende Klassenzüge gebildet. Bei hohen Schülerzahlen läßt sich außerdem in den einzelnen Jahrgängen nach der allgemeinen Vorbildung trennen. So werden Schüler, die die oberste Volksschulklasse durchgemacht haben, unter sich zusammengefaßt, ebenso solche, die es nur bis zur 2. Volksschulklasse gebracht haben, endlich schwächer Begabte. Die ehemaligen Hilfschüler, also die Schwachbegabten, werden ganz allgemein in kleinen Klassen unter sich zusammengefaßt und nach besonderem Lehrplan unterrichtet, wenn man sie nicht der Hilfschule (Volksschule) überläßt, was namentlich in kleineren Orten allgemein geschieht. Eine noch weitere Gliederung wird in ganz großen Schulen für Ungelernete vorgenommen, indem man alle, die eine gleichartige Beschäftigung haben, klassenmäßig zusammenfaßt, besonders dann, wenn kein allzu starker Wechsel von einer Beschäftigungsart zur anderen zu erwarten ist. So gibt es hier und da Tabakarbeiterklassen, Metallarbeiterklassen, Kistenmacherklassen, Klassen von Soden und Kanfurschen, Pagen, Kutschern, Deckajungen, Gläserpülern, Kellerburtschen usw. Eine derartige Gliederung legt schon den Berufsgedanken zugrunde.

Nur ganz wenige Städte haben die jugendlichen Arbeiter in einer besonderen Schule zusammengefaßt. Man steht in vielen Orten auf dem Standpunkt, daß man Lehrlinge und jugendliche Arbeiter in den Berufsschulen nicht trennen sollte. Dafür werden als Gründe angeführt, daß die Ungelerneten bei einer solchen Trennung von sozialen Minderwertigkeitsgefühlen bedrückt werden könnten, daß man ihnen weite Schulwege ersparen wolle und sie deswegen nach Wohn- oder Arbeitsstätte auf verschiedene Schulen im Stadtgebiet verteilen müsse, daß sie möglichst den gleichen Unterricht wie die Lehrlinge genießen müßten, damit ihnen der Aufstieg ermöglicht werde und dergleichen mehr. Der Verfasser dieses Aufsatzes hält von allen diesen Argumenten nichts. Minderwertigkeitsgefühle, wenn sie überhaupt bei diesen Jugendlichen entstehen (was unerfreulich das stark und urteilt da sehr vom Standpunkt des betrachtenden Intellektuellen), entstehen viel leichter, wenn sich

die jugendlichen Arbeiter innerhalb einer Berufsschule immer mit den Lehrlingen vergleichen können, die doch nun einmal als die Bevorzugten gelten und auf die eine solche Schule auch abgestellt wird. Wird gar der Unterricht lehrplanmäßig auf Lehrlinge eingestellt und müssen die Ungelernten daran teilnehmen, dann wird ihnen immer wieder klar, wie benachteiligt sie den Lehrlingen gegenüber sind. Sodann die Ermöglichung des Aufstiegs. Dieser geht ganz gewiß nicht durch die Schule oder von der Schule aus, ist von dieser auch nicht zu beeinflussen. Außerdem ist er ein frommer Wunsch. Die Ungelernten haben viel mehr Ausichten auf einen Abstieg zu den Ungelernten, als die Ungelernten Aussicht auf einen Aufstieg zu den Gelernten haben.

Mit Rücksicht auf diese Tatsachen lehne ich den gemeinsamen Unterricht der Ungelernten mit den Lehrlingen ab, wie ihn z. B. noch Hildesheim hat und wie er für die Fabrikarbeiter auch in Stuttgart stattfindet. In München wird der Werkstattunterricht für Lehrlinge und Ungelernte gemeinsam gegeben. Auch das hat seine Bedenken. Das Zweckmäßigste ist, die Ungelernten in eigenen Klassen zusammenzufassen und, wenn die Zahl der Schüler an einem Ort dazu ausreicht, in einer selbstständigen Berufsschule. Nur dann kommen die Schüler zu ihrem Recht, nur dann wird die Schule sich ganz nach ihren Bedürfnissen und ihren Eigenarten richten können. Solche selbstständige Schulen für die jugendlichen ungelerneten Arbeiter gibt es in Deutschland nur wenige. Ich habe sie nur in 17 Städten feststellen können. Darunter ist auch München, obgleich dort die Verbindung mit den Lehrlingsklassen ganz eng ist. Als brauchbare Lösung ist die in München nicht anzusehen. In der gleichen Zahl sind auch Karlsruhe, Augsburg und Mainz enthalten, deren Schülerzahl nur klein ist und deren Klassen eigentlich nur eine Abteilung innerhalb einer größeren gewerblichen Berufsschule bilden. Wirklich lebensfähige Schulen für Ungelernte haben Berlin (4 Schulen), Hamburg (3 Schulen), Köln, Breslau, Frankfurt a. M., Essen, Düsseldorf, Königshagen, Gletlin, Mannheim, Bochum und Danzig. Der Schülerzahl nach könnten auch Leipzig, Dresden, Dortmund, Hannover, Elberfeld-Barmen, Chemnitz, Gelsenkirchen-Buer, Duisburg-Hamborn, Aachen, Mühlheim, Hindenburg und Oberhausen solche Schulen bilden. In diesen Städten bestehen zum Teil innerhalb einer größeren gewerblichen Berufsschule besondere Abteilungen für die Ungelernten mit eigenem Leiter, und ihre Selbstständigkeit erreicht fast diejenige einer eigenen Schule. Eine befriedigende Lösung ist das jedoch nicht. Am wenigsten befriedigt die Lösung in Leipzig und Dresden, wo die Ungelernten auf eine Anzahl verschiedener gewerblicher Berufsschulen verteilt sind.

Ist also schon die Organisationsfrage derartiger Schulen in vielen Städten nur sehr wenig befriedigend gelöst, so noch viel weniger die äußere Ausstattung. Das fällt schon an den Schulhäusern auf. Die Gemeinden und der Staat weisen zwar oft auf schöne Schulbauten hin. Die sind jedoch gewöhnlich für Gymnasien oder andere höhere Schulen und Mittelschulen bestimmt, hier und da auch einmal für eine Fachschule. Eine Anzahl von Städten hat sich nenerdings entschlossen, auch vorbildliche Volksschulbauten zu schaffen. Seltener dagegen sind gute Berufsschulgebäude. Gewiß: München, Stuttgart, Ulm, Karlsruhe, Frankfurt a. M., nenerdings Chemnitz und Altona haben schöne, teilweise vorbildliche Berufsschulgebäude. Aber für die Ungelernten sind davon höchstens Teile bestimmt, meistens auch das nicht einmal. Gewöhnlich müssen sich die Klassen der Ungelernten herumdrücken, wo der Unterrichtserfolg sehr fragwürdig ist und wo es an den nötigen äußeren Einrichtungen fehlt. Wo aber den Ungelernten einmal ein eigenes Haus zur Verfügung gestellt wird, ist es gewöhnlich ein altes Schulhaus, das für ganz andere Zwecke gebaut war und dafür nicht mehr brauchbar ist. Seltener bekommt, wie in Frankfurt a. M., die Schule für Ungelernte ein gutes, entbehrlich gewordenes Schulhaus. Häufiger kommt es vor, daß sich die Schule für Ungelernte mit den kaum noch verwertbaren Abfällen begnügen muß. Das trifft z. B. auf Essen, Köln und Gelsenkirchen zu. Auch

Berlin stellt nur abgelegte alte Schulhäuser zur Verfügung. Hamburg hat das zwar auch getan, aber doch erhebliche Mittel dafür aufgewendet, diese Schulhäuser innerlich für ihren neuen Zweck brauchbar zu machen. Eins der drei Schulhäuser ist sogar in den allermeisten Teilen ein vollständiger Neubau, nach Kenntnis des Verfassers das erste Schulhaus in Deutschland, das für die besonderen Aufgaben einer Schule für Ungelernte errichtet worden ist. Und wie mit den Schulhäusern, so geht es ziemlich allgemein auch mit der Innenausstattung der Gebäude und mit den Sammlungen. Von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen (Frankfurt a. M., Hamburg), fehlt es in den Schulen an brauchbaren Werkstätten, an Sammlungen, an Vortragsräumen und Lichtbildapparaten, an Bäckereien, Erfrischungsräumen und Jugendheimen. In dieser Hinsicht stehen wir erst am Anfang einer wünschenswerten Entwicklung.

Der innere Stand der Berufsschulen für Ungelernte ist aus den gesammelten Angaben nur teilweise ersichtlich. Ich verweise auf meine Ausführungen über „Fabrik und Schule“ in Nr. 19 und 20 des „Proletarier“ vom Mai dieses Jahres und gebe hier nur einige Zahlenangaben. Wo die Ungelernten berufsschulpflichtig sind, werden sie durchweg drei Jahre lang zur Schule herangezogen. Eine Ausnahme machen vier süddeutsche Städte: München, Stuttgart, Augsburg und Bamberg, die nur eine zweijährige Schulpflicht haben. Die Unterrichtsstundenzahl beträgt wöchentlich mindestens vier und höchstens zehn. Sie ist hier und da noch nach Jahrgängen verschieden, was wohl mit der allmählichen Durchführung der Schulpflicht zusammenhängt. Die höchsten Stundenzahlen haben Karlsruhe mit 10, Leipzig, Mannheim, Solingen mit 9, Hamburg, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Darmstadt, Heidelberg, Pforzheim, Frankfurt a. d. O., Kaiserslautern und Jena mit 8. Mit der Mindeststundenzahl von vier begnügen sich 12 Großstädte und 11 Mittelstädte. Alle anderen berichtenden Städte haben Stundenzahlen, die zwischen vier und acht liegen. In einigen Gegenden werden die erwerbslosen Jugendlichen und die Hilfspflichtigen zu einer höheren Stundenzahl herangezogen (bis zu 12 in der Woche).

Leider verfügt nur eine verschwindend kleine Anzahl von Schulen, Abteilungen oder Klassen der Ungelernten über eine Turnhalle, wo planmäßiger Unterricht in Leibesübungen abgehalten werden kann. Dem Unterricht in Leibesübungen wird allgemein nur eine geringe Pflege zuteil. Nur etwa ein Viertel der Städte gewährt den Ungelernten planmäßigen Unterricht in Leibesübungen, eine etwas größere Zahl bietet diesen Unterricht den Schülern als freiwillige Veranstaltung an, wovon jedoch nur wenig Gebrauch gemacht wird, während sich 26 Städte gar nicht um Leibesübungen kümmern.

Besser steht es um die schul- oder arbeitsärztliche Überwachung. In 25 von rund 80 Städten besteht solche gar nicht, in den übrigen ist sie fast restlos vollständig durchgeführt.

Der von mir als besonders wertvoll geforderte Unterricht in Werkstätten ist in 25 von 47 Großstädten eingeführt, in einigen Städten sehr weitgehend, in anderen beschränkt auf einzelne Klassen oder Jahrgänge oder auf die Hilfspflichtigen. Die Leistungen des Werkunterrichts sind nach meinen Erfahrungen sehr verschieden. Es hängt alles von der Tüchtigkeit der Lehrer und von der Bereitwilligkeit der Stadtverwaltungen ab, Werkstätten einzurichten und für ihren Unterhalt zu sorgen. Daran mangelt es ganz allgemein noch sehr. Die Mittelstädte haben größtenteils noch keinen Werkunterricht eingeführt, sind aber teilweise eifrig dabei. Ein Viertel der Mittelstädte hat schon Werkstätten für Ungelernte.

Auch die Jugendpflege läßt noch viel zu wünschen übrig. Gerade die Ungelernten bedürfen einer besonders intensiven Beziehung zur Schule auch während ihrer Freizeit. Von manchen Orten wird gemeldet, daß die Lehrer mit ihnen Wanderungen machen; hier und da sind besondere Schulräume als Jugendheime eingerichtet, die außerhalb der Schulzeit von den Jugendlichen zu geselligen Zusammenkünften benutzt werden dürfen. Bäckereien und Spiele werden in manchen Schulen den Jugendlichen zur Verfügung gestellt, Vortrags-

abende und Spiele im Freien veranstaltet. Einige Schulen haben eigene Orchester aus Schülern zusammengesetzt. Auch diese Arbeit ist ganz auf die Persönlichkeit der Lehrer abgestellt. Finden sich keine geeigneten und für diese Arbeit bereiten Kräfte, dann geschieht nichts dergleichen.

Mit dieser Übersicht über den gegenwärtigen Stand des Berufsschulwesens für Ungelernte übergebe ich zum erstenmal der Öffentlichkeit ein gesammeltes Material, das bisher nirgends zu finden war. Besonders die beteiligten Gewerkschaften sollten sich um die Fortbildungs- oder Berufsschule für Ungelernte bekümmern und sie aus der Aschenbrödelstellung, in der sie sich bisher noch befindet, herausholen, damit sie ein vollständiger und gut entwickelter Zweig des gesamten Bildungswesens werde. Den fleißigsten bedachten ungelerneten Jugendlichen müssen ihre erwachsenen Arbeitskameraden und Schicksalsgenossen zu Hilfe kommen, damit ihnen ihr Recht auf Bildung werde.

Johannes Schull.

8. Bundesausschuß-Sitzung in Dresden.

Am 19. September trat der Ausschuß des ADGB. in dem neuen Bau des Dresdner Volkshauses zu seiner achten Tagung zusammen. Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, konnte an der Tagung nicht teilnehmen, da er an Grippe erkrankt war.

Die Ausschusssitzung wurde nach Dresden einberufen, um den Verhandlungsgegenständen, den Redakteuren und Bezirkssekretären Gelegenheit zu geben, die Internationale Hygiene-Ausstellung und das Hygiene-Museum zu besichtigen. Demgemäß war der Hauptpunkt der Tagesordnung ein Referat des Vertreters für Gewerbehygiene beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodnik, in dem er

Stand der Gewerbehygiene

sowie über die Forderungen berichtete, die für den Ausbau der Gesetzgebung und die praktische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zu erheben sind. Das sehr ausführliche und ausführliche Referat fand vielen Beifall. Es lieferte ausgezeichnetes Material zu den behandelten Fragen. Die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Mitarbeit wurde klar herausgestellt. Besonderen Eindruck machten die Schlussätze des Vortrages.

„Die Leistungen der Hygiene sind nur möglich und weiter zu steigern, wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse der breiten Massen sich heben.“

Hygiene ist nicht allein eine Frage der Belehrung. Wer möchte nicht gern vor dem eigenen Häuschen sitzen im Garten, wer hätte nicht gern Sonne in den Zimmern, Blumen an den Fenstern und laubere Bänke, wer äßt nicht gern kalorienreiche Nahrung und viel Obst und Gemüse? Das sind nicht Fragen der Hygiene, sondern das sind Erfolge, die nur erzielt werden können durch den Kampf der Arbeiterklasse um Besserung ihrer sozialen Lage, um besseren Lohn, bessere Wohnung, besseres Essen, um ihren gebührenden Platz an der Sonne.“

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über die

„Volkspflege“

Der Geschäftsführer dieses Unternehmens, Kollege Streine, schilderte die Entstehung, den außerordentlich günstigen Stand, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben dieses großen Instituts der Volkspflege. Von den Gewerkschaften und den Konjunktionsstellen unter weitestgehender Sicherung nach den Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als zwei Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen an dritter Stelle aller Lebensversicherungsunternehmen. Ihr Vermögen beträgt zur Zeit 117 Millionen Reichsmark. Davon sind u. a. rund 67 Millionen in erstklassigen Hypotheken und 29 Millionen Reichsmark an Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den Interessen der breiten Masse des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherten fließen die durch einen gut durchgebildeten Verwaltungsapparat und trotz günstiger Versicherungsbedingungen erzielten Überschüsse als Dividende zu. deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 v. H. bzw. 35 v. H. der eingezahlten Jahresprämie und wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausbezahlt. Die dafür den Versicherten gutgeschrieben Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Millionen Reichsmark, die ebenso wie die annähernd 90 Millionen Reichsmark betragende Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgeschriebenen und für besondere Situationen und unvorhergesehene Ereignisse gebildeten besonderen Reserven den Versicherten weitestgehende Sicherheit bieten.

Einige Erinnerungen an Stockholm.

Der Internationale Glasarbeiterkongress in Stockholm und der anschließende Verbandstag anderer schwedischer Arbeiterverbände führte mich im August nach Schwedens Hauptstadt Stockholm. Seltener habe ich eine schönere Fahrt gehabt und selten eine herzlicher und freundlicher Aufnahme bei den ausländischen Fremden gefunden. Einige Erinnerungen seien hier wiedergegeben.

Interessant ist die Überfahrt von Svanö auf Ången nach Trälberg auf dem 113 Meter langen Fährdampfer. Von der Größe und Tragfähigkeit macht man sich am besten einen Begriff, wenn man beachtet, daß auf zwei nebeneinander liegenden Gleispaaren 10 Schnellzüge oder 20 Güterzugswagen Platz haben. In der Regel fährt ein Schiff mit 10 Schnellzugswagen und den Güterwagen hinüber und kommt mit Güterwagen zurück. Einzelne Frachtkübel werden sehr selten befördert. Die verschlossenen, plombierten Wagen entlasten zum größten Teil italienisches und schweizerisches Obst. Neben den Eisenbahngleisen sind Räume für Toiletten, für die wasserdichten, darunter die Restorationsräume der III. Klasse, die Kabinen für die II. und höhere Klassen. Eine Artree höher, darunter noch neben den Eisenbahnwagen, befinden sich die recht behaglichen Kajuten für die III. Klasse, in der nächsten Etage, fast über das ganze Schiff angeordnet, die Jannetkabinen und Promenadendecks der I. und II. Klasse, während das Oberdeck, wesentlich kleiner, aus von den Fahrgästen der III. Klasse benutzt werden kann. Die Räume, auch die der III. Klasse, sind recht wohnlich, ja angenehm ausgestattet. Die Restauration entspricht ungefähr der in den Speisewagen der III. Klasse für Raucher und Nichtraucher, für Frauen und Gesellschaften, sind recht annehmlich. Auf den beiden schwedischen Schiffen ist schwedische Küche, Bedienung und Geld, auf den deutschen Schiffen deutsche Küche, Bedienung und Geld üblich. Allgemein sind auf den deutschen Schiffen viele Preise höher als auf den schwedischen. Wer sich in Berlin oder Hamburg Platzkarten besorgt, braucht den Eisenbahnwagen gar nicht zu verlassen, er wird in Svanö im Wagen aufs Schiff und in Trälberg wieder aufs Land geladen.

In Schweden ist es bei Schnell- und Nachtzügen üblich, Schlafwagen zu benutzen. Der Zug nach Stockholm hat je nach Größe des Verkehrs 6 bis 10 Schlafwagen, aber nur einen einzigen Sitzwagen, zur Hälfte aus I. bis II. und III. Klasse bestehend. Die Benutzung des Schlafwagens III. Klasse kostet 3 Kronen, wozu allerdings, wenn man im Versteck vorbeisitzt, Gebühren kommen. Die Wagen sind z. T. angenehmer als die deutschen Schlafwagen

III. Klasse; Waage und Bezüge sind im Preise enthalten. Von Svanö bis Trälberg sind es 80 Kilometer Seefahrt, bis Stockholm dann noch 631 Kilometer Bahnfahrt.

Die Bahn fährt vorbei an vielen Seen und vielen Felsen. Die Felsen sind teilweise bewachsen, teilweise nacktes Gestein. Man sieht mehr Wiesen als Getreideland, auf letzterem überwiegen Roggen und Hafer. Schweden deckt 70 Prozent seines Weizenbedarfs selbst. Die Ernte ist später als bei uns. Die Früchte des Waldes und der Gärten werden Ende August geerntet. Blaubeeren, Preiselbeeren (Kronbeeren), Himbeeren, Johannisbeeren kommen erst spät auf den Markt.

Stockholm ist nicht nur eine schöne Stadt im allgemeinen Sinn des Wortes, sondern gilt als eine der schönsten europäischen Großstädte. In der Stadt, mitten durch sie und um sie herum, sind viele Seen, in diesen wieder kleinere und größere Inseln. Die Stadt ist zum großen Teil auf blauen Felsen gebaut. Neben den Häusern sieht man oft noch in Haushöhe die nackten Felsen und Hägel. Neben Straßen, die kaum in Meereshöhe liegen, gibt es auch solche, die an der steilen Höhe angelegt sind, so daß in mehreren Stadtteilen terrassenförmige Bauten und Straßen entstanden sind.

Der älteste Teil Stockholms ist eine Insel von 800 Meter Länge und 600 Meter Breite, genannt „Zwischen den Brücken“. Dort sieht man noch alte Häuser und schmale Gassen, wie in den alten Handelsstädten im Norden Deutschlands. Die neueren Viertel, durch Brücken und Fähren untereinander verbunden, zeigen aufwärts, z. T. recht breite, schöne Straßen und einige prächtige Parks. Das Vorderrücken der Seen mit ihren bewachsenen Inseln läßt die Grünanlagen etwas zurücktreten. Von den Türmen, besonders denen des Stadthaus und von Svanen (Schwanen), hat man prächtige Aussicht über das von Natur so schöne Gelände.

Große Fabriken mit rauchenden Schloten sieht man fast gar nicht. Die Industrie liegt mehr in der Provinz.

Gehenswert für den deutschen Winterkäufer, sogar ein besonderes Ereignis, ist eine Fahrt durch die vielen Seen der Stadt und ihrer Umgebung. In Hunderten von Inseln, Nichten vorbei; schöne Landhäuser, Ausflugswirtschaften, große Handels- und Industrieanlagen zeigen sich aus. Von letzteren ist zu erwähnen die große aus See liegende Getriebewerk der Genossenschaften, die größte ihrer Art in Schweden. Ebenso interessant ist die Rückfahrt abends, laufende von Lichtern am Ufer und ebenso auf den hohen, stark beleuchteten und bewachten Werke. Die Genossenschaftswärde und besonders ihr neues, 70 Meter ansteigendes Silo, in bestem Zement angeführt, leuchtet weit hinaus. Besonders prächtig angelegte Wirtschaften auf den Seeufer der Seen zeigen dafür, daß die eß- und trinkenswerten Früchte auf ihre Rechnung kommen. Man kann feststellen, daß die Arbeiterschaft

in den oft recht mondänen Wirtschaften durchaus willkommen ist, nicht über die Achsel angesehen wird, wie es oft in Deutschland der Fall ist.

In Stockholm treffen die Binnenseen mit ihrem Süßwasser mit den Ausläufern der Ostsee zusammen. Bis zur Ostsee sind es noch 180 Kilometer Seefahrt; das liegt an den vielen Windungen, die den Weg verlängern, die Fahrgeschwindigkeit mindern. Bei starkem Nebel muß dieser Außenverkehr eingestellt werden. Neben den Hochseeschiffen sind stark vertretene kleinere Dampfer, die Frachten und Personen nach den an Seen gelegenen Provinzorten bringen. Größere und kleinere Dampfboote und Fähren übermitteln den Verkehr in der Stadt und in der engeren Umgebung. Viele Motorboote, aber weniger Segelboote oder Jachten, fast gar keine kleinen Ruderboote, Arbeiterboote sind zu sehen. Im Besitz von Motorbooten sind auch Paddler in größerer Anzahl. Schwimmen und Badeanlagen sieht man wenig. Das liegt wohl an der kühleren Temperatur. In der geschlossenen Badeanstalt haben die Besucher ohne Badehose. So lustig gekleidete Männer und Frauen, so entblößte Arme, Beine, so sonnengebräunte Gesichter und Glieder wie bei uns sind selten zu sehen. Im Juli und August tragen die meisten Frauen schon schwere Mäntel, teilweise mit Pelztragen.

Interessant sind das Druckereigebäude der Parteizentrale „Sozialdemokraten“ und die in unmittelbarer Nähe befindlichen beiden Gewerkschaftsbürohäuser, in denen auch die Partei ihre Büros hat. Volkshäuser mit Wirtschaftsbetrieb gibt es nicht. Der Konjunktionsverein hat ein recht freundliches Restaurant mit billigen Frühstücks- und Mittagstisch, das aber um 19 Uhr geschlossen wird. Sonst stehen den Arbeitern alle Lokale zum Besuch und zur Verwendung für Versammlungen offen.

Auffällig in seiner Form ist das Stadion. Die Spiel- und Kampfstätte ist nicht sehr groß, ich schätze die Bahn 400 Meter. Umflossen ist das Ganze von festen, außer burgähnlichen Gebäuden, die oben an drei Seiten überdachte Logen und Sitzplätze schaffen. Darunter befinden sich um die ganze Anlage herum die zahlreichen Umkleide- und Waderäume. Sitzplätze sind nur an der einen kleinen Seite. Bei den festen Umfassungsgebäuden mit Ausgängen von Eingängen ist der knappe Innenraum verwunderlich. Stockholm hat eine große Baugenossenschaftsbewegung. Die Wohnungspreise sind erstaunlich hoch. Eine Wohnung, bestehend aus drei nicht sehr großen Zimmern, Küche, Bad, 2. Etage, würde mit 1800 Kronen beziffert, im Privat sollen 30 bis 40 Prozent Mehrkosten zu verzeichnen sein. Bezeichnend ist der Umstand, daß in diesen Neubauten das ganze Untergeschoss vorn für Läden, hinten für Autos eingerichtet wird. Die Genossenschaft rechnet mit Vermietung durch ihre Bewohner, zum großen Teil besser bezahlte Arbeiter.

Vorher wurden die natürlichen Vorteile einer Lebensversicherung gegenüber den Geldanlagen bei Sparkassen, besonders auch unter Berücksichtigung der von der Volksfürsorge gewährten Grundsicherung, durch Auszahlung der doppelten Versicherungssumme bei Unfalltod ausnahmslos und hervorgehoben, daß es einen Verfall der eingezahlten Prämien auch dann nicht gibt, wenn der Versicherte gezwungen ist, die Versicherung aufzugeben. Eingehend schilderte Genosse Streine die Grundzüge und die Praxis, die die Leitung der Volksfürsorge bei der Anlage der ihr durch die zwei Millionen Versicherten anvertrauten Kapitalien und bei der Festsetzung der Zinsen für langfristige Gelder befolgt. Zum Schluß gab der Redner einen Ausblick auf die der Volksfürsorge noch bevorstehenden und von ihr vorbereiteten Aufgaben, durch die dem Volksganzen besonders gebietet werden soll. Ein Teil dieser Aufgaben liegt auf Gebieten, die auch die Gewerkschaften und Genossenschaften, wenn auch in anderer Weise und mit anderer Zielsetzung, bearbeiten.

In dritter Stelle stand zur Verhandlung der Plan zur Gründung einer

Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser. Als Vertreter des Bundesvorstandes referierte Ernst Schulze. Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereint.

Die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft war ohne Zweifel schon deshalb eine Notwendigkeit, weil die Gewerkschaftshäuser eine Instanz zur gegenseitigen Beratung brauchen. Über damit allein ist es nicht getan. Nach Ansicht der Bundesvertreter war es unbedingt erforderlich, 1. das in den Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen; 2. eine ständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionsorgane auszuüben; 3. darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen; und 4. eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neuzugrundende Unternehmungen, die allein berufene Rechtsstelle sein kann.

Der Bundesvorstand hat daher in Verbindung mit der Treuhandgesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Der Bundesvorstand schlägt die Gründung einer Holdinggesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 Mk. der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben.

Als Gegenwert für den Übergang der Gewerkschaftshäuser in den Besitz der Holdinggesellschaft gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsausschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften.

Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden.

Der Bundesausschuß stimmte dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Holdinggesellschaft mit einem Gründungskapital von 50 000 Mk. aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Debatte einstimmig zu.

Darauf gab Cr a g m a n n den

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes.

In einer schwierigen Lage befindet sich die Heimvolkshochschule Tinz. Der nationalsozialistische Innenminister Frick in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung erfolgte zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurse bereitgestellt werden.

Vor kurzem ist die „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ ins Leben gerufen worden; in den Aufsichtsrat sind die Kollegen Lelpart und Spliedt eingetreten.

Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforschung ist nach einer Vereinbarung mit dem Institut vermehrt worden; Vertreter sind die Kollegen Lelpart und Eggert, Stellvertreter Georg Schmidt und Dr. Arons.

Streine, der den WGB, bisher im Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene vertrat, ist aus diesem Amt auf seinen Wunsch ausgeschieden. Kollege Sachs ist an seine Stelle getreten.

Cr a g m a n n erinnerte an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag, besprach die Lage, die dadurch für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat entstanden ist, und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates bald wieder in Gang zu bringen.

Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bauparkassen eingesetzten Arbeitsausschusses hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bauparkassen dringend zu warnen.

An der Unterstützungsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Neurode hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 5000 Mk. beteiligt; der Betrag wurde dem Bergarbeiterverband zur bestimmungsgemäßen Verwendung zur Verfügung gestellt. Für die Bekleidung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 1000 Mk. bewilligt.

Die Übersiedlung des Büros des WGB nach Berlin wird zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Übersiedlung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des WGB wird sich

Neben der Ausstellung wirkt Stockholm überall um den Besitz von Skansen (Schänzen). Es ist das eine noch in der Stadt gelegene Insel, von einem hochgelegenen Turm herrliche Aussicht bietend. Hier befinden sich mehrere Museen, Vergnügungsetablisements, vor allem aber die naturhistorische Sammlung von Bäumen, Trachten, das Freilichttheater, Zoologischer Garten, Kappländerhütten und -zelle.

Die zur Zeit abgehaltene Landesausstellung verkündet den Lebensunterhalt der Fremden, besonders die Hotelkosten sind sehr hoch. Das Ausstellungsgelände ist landschaftlich reizend, die Lichtwirkungen, ohne grell zu wirken, angenehm schön. Uns interessierte die Abteilung Glas, in der wir originelle Formen, wie sie in Deutschland bisher nicht erzeugt wurden, gesehen haben. Die Schweden sind uns da vielfach voraus.

Stockholm hat einen sehr starken Autoverkehr. Da zudem noch links gefahren wird, muß der Fremde aufpassen, um nicht Gefahr zu laufen. Der Verkehr vollzieht sich in Ruhe, der bei uns folgende Lärm, das viele Hupen, fällt fast ganz weg. Es hat sich eine Normalgeschwindigkeit herausgebildet, die nur auf den äußeren Straßen und von den Motorradfahrern überschritten wird. Die Autofahrer haben ihre Wagen meist selbst in der Hand. Deutsche Wagen sieht man fast gar nicht, das französische und amerikanische Fabrikat herrscht vor. In den Verkaufsgeschäften sehen wir als einzigen deutschen Wagen einen Mercedes-Benz, allerdings zu hohem Preis. Motorräder sieht man nicht in so großer Zahl wie bei uns, ebenso wenig Fahrräder. Diese tragen am Sattel ein Nummerchild. Solch kleine Wagen, wie z. B. Hanomag, WAW, BMW, sieht man gar nicht.

Das eh- und trinklustige Volk hat Alkoholbeschränkung durch Gesetz. Das bezieht sich aber nicht auf Bier oder leichtere Weine, sondern nur auf Spirituosen aller Art. Jeder erwachsene Einwohner bekommt von der Behörde eine Karte, die zum Empfang eines bestimmten Quantums Alkohol berechtigt. Jede gekaufte Menge wird eingetragen. Als Trinker bekannte Einwohner erhalten keine Bezugskarte. In den Gastwirtschaften bekommt man keine Spirituosen, wenn nicht eine Maßzeit dabei eingenommen wird. Wein und nach dem Essen wird dafür manchmal recht reichlich getrunken. Sonntags werden Wirtschaften erst mittags 1 Uhr geöffnet. Die Polizeistunde tritt 12 Uhr nachts ein und wird streng durchgeföhrt. Trotzdem kann man auch Betrunkene auf den Straßen sehen.

Die Aufnahme, die wir bei unserem Bruderverband fanden, beschäftigte den alten Ruf der Schweden, sehr gastfreundlich zu sein, auf neue. Wir wären gern länger geblieben. Anerkennung und Dank seien auch hier zum Ausdruck gebracht.

mit der Wahl des Nachfolgers Sassenbachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongreß in Stockholm hat in den Ausschuß des WGB gewählt: Graßmann als ordentliches Mitglied und Aushäuser als Stellvertreter. Im August hat in der Volkshochschule die erste vom WGB veranstaltete internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Diese Veranstaltung währte eine Woche. Sie hat einen guten Verlauf genommen und auf die Teilnehmer, die aus 13 Ländern nach Berlin gekommen waren, einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Graßmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die SPD. günstigen Wahlausgang beigetragen haben.

Diese Auffassung Graßmanns wurde in der Diskussion, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Resultat eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Diskussionsredner mit den Angelegenheiten des WGB, und setzten Abersiedlung nach Berlin.

Jugendliche und Arbeitslosenunterstützung.

Eine der einschneidendsten Verschlechterungen, die die bekannte Notverordnung vom 26. Juli 1930 in der Arbeitslosenversicherung gebracht hat, besteht darin, daß jugendliche Arbeitslose keine Unterstützung erhalten. Die hierfür in Frage kommende neue Vorschrift lautet:

„Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, haben Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht.“

Glauben und kämpfen!

Wir glauben an ein besseres Leben, aber wir glauben nicht nur daran, wir wollen es auch. Und weil wir es wollen, darum kämpfen wir auch darum. Wir wollen der Arbeiterschaft, dem gequälten und darbenenden Volke ein besseres Leben verschaffen, wir wollen die krassen und unmenslichen Ungerechtigkeiten beseitigen, wir wollen die arbeitenden Klassen frei machen und ihnen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Darum kämpfen wir für die volle Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigt und führend in Staat und Wirtschaft, daher unser Streben nach vollkommener politischer und sozialer Gleichberechtigung und Befreiung, und daher ist das Ziel unseres Kampfes die Umgestaltung der privatkapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft.

Diese Bestimmung ist in ihrer Auswirkung katastrophal. Es bekommen nach ihr nur diejenigen Arbeitslosen unter 17 Jahren Unterstützung, die keinen familienrechtlichen Anspruch auf Unterhalt haben. Umlich heißt es als Begründung zu dieser Vorschrift: „Wegen des Geburtenausfalles in den Kriegsjahren wird der Arbeitsmarkt für Jugendliche bis 1935 für günstig angesehen; hierwegen und wegen der allgemeinen Bevorzugung jugendlicher Arbeitskräfte wurde der Ausschluß der Unterstützung für diese, soweit sie außerdem einen Rückhalt an ihrer Familie haben, für angemessen erachtet.“ Die hiervon betroffenen Arbeitslosen erhalten demnach keine Unterstützung, trotzdem für sie die Pflicht zur Beitragsleistung besteht. Eine größere Härte ist kaum denkbar. Man verlangt auf der einen Seite Beiträge, ohne auf der anderen Seite etwas dafür zu leisten.

Es haben sich in der Praxis Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung und Auslegung der Vorschrift herausgestellt. Besonders der Begriff „familienrechtlicher Unterhaltsanspruch“ kann zu Zweifeln führen. Die Bestimmungen über die Unterhaltspflicht befinden sich im Bürgerlichen Gesetzbuch. Es kommt hier besonders die Unterhaltspflicht der Verwandten in gerader Linie (Großeltern, Eltern, Kinder) in Betracht. Darüber hinaus hat auch das uneheliche Kind gegen seinen Vater einen Anspruch auf Unterhalt. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang folgende Vorschrift des bürgerlichen Rechts: „Unterhaltspflichtig ist nicht, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. Bestinden sich Eltern in dieser Lage, so sind sie ihren minderjährigen unverheirateten Kindern gegenüber verpflichtet, alle verfügbaren Mittel zu ihrem und der Kinder Unterhalte gleichmäßig zu verwenden. Diese Verpflichtung tritt nicht ein, wenn ein anderer unterhaltspflichtiger Verwandter vorhanden ist; sie tritt auch nicht ein gegenüber einem Kinde, dessen Unterhalt aus dem Stamm seines Vermögens bestritten werden kann.“ Zu beachten ist ferner, daß zwischen Geschwistern keine Unterhaltspflicht besteht.

Das Gesetz kennt eine Unterstützungsperre nur, wenn es sich um einen „familienrechtlichen“ Unterhaltsanspruch handelt, und nur beim Vorliegen eines solchen darf die Unterstützung ruhen. Hat der Jugendliche Anspruch auf Unterhalt, der auf anderen Ursachen (Vertrag usw.) beruht, so darf ein solcher nicht zur Unterstützungsentscheidung führen. Dies gilt auch, wenn die Unterhaltsgewährung freiwillig erfolgt.

Von sehr großer Bedeutung ist ferner die Frage, ob zum Entzug der Unterstützung schon der rechtliche Anspruch auf Unterhalt genügt oder ob es Voraussetzung ist, daß der Jugendliche wirklich auf Grund dieses Anspruches auch unterhalten wird. Ein bekannter Kommentar zum Gesetz schreibt hierüber: „Aber den Wortlaut des Gesetzes hinaus muß angenommen werden, daß nicht das bloß formelle Bestehen eines Unterhaltsanspruches an sich genügt, sondern daß es sich um einen durchsetzbaren Anspruch handeln muß.“ Weiter heißt es an dieser Stelle: „Die Behauptung des jugendlichen Arbeitslosen, daß der an sich bestehende Unterhaltsanspruch nicht durchsetzbar sei, genügt nicht, um die Wirkung des Unterstützungsentzuges auszuschließen; der Arbeitslose muß dies vielmehr glaubhaft machen. Das Arbeitsamt soll ihn jedoch dabei durch eigene Ermittlungen unterstützen. Sehr wichtig ist die Rechtsfrage, daß in den Fällen, in denen ein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch besteht, die Unterhaltspflichtigen, die in der Lage sind, den Unterhalt zu gewähren, dies tun müssen.“

rechtlicher Anspruch besteht, aber dieser nicht sofort durchgesetzt werden kann, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren ist, als ob ein Unterhaltsanspruch nicht bestände. In diesen Fällen kann das Arbeitsamt dann selbst den Unterhaltsanspruch bei dem Unterhaltspflichtigen geltend machen.

Wichtig ist bei der Rechtslage, daß das Arbeitsamt Teilunterstützung gewähren muß, wenn der Unterhaltspflichtige nur beschränkt leistungsfähig ist. All diese Angaben zeigen, daß es nicht angängig ist, wenn die Arbeitsämter jedem Jugendlichen die Unterstützung sperren. Es muß vielmehr von Fall zu Fall nachgeprüft werden, ob nicht doch ein Anspruch auf Unterstützung besteht. Es ist auf jeden Fall notwendig, daß die Rechtsprechung bald Klarheit bringt. R-3.

Gaukonferenz des Gau 5 (Ostpreußen).

Am 3. August fand im Gewerkschaftshaus in Königsberg die diesjährige Gaukonferenz für den Gau 5 statt. Anwesend waren 32 Delegierte aus den einzelnen Jahrestellen. Vom Hauptvorstand war der Kollege Köhler erschienen.

Der Gauleiter, Kollege Vogel, berichtete über die Lohnbewegungen des letzten Jahres und die organisatorische und finanzielle Entwicklung des Gau 5. In Ostpreußen, einem vorwiegend agrarischen Lande, ist die Industrie sehr schwach vertreten. In unserem Agitationsgebiet überwiegt die Ziegelindustrie. Daneben gibt es noch einige kleine Betriebe der chemischen Industrie. Nur in der Papiererzeugung verfügt Ostpreußen über vier größere Betriebe. In Litsch und Ragnit befinden sich zwei Betriebe des Waldboskonzerne, in Königsberg zwei Betriebe der Kohnholz-W. Alle vier Betriebe beschäftigen ungefähr 4000 Arbeiter. Die Aktienmehrheit der Kohnholz-W. ist in den letzten Monaten aus dem Besitz des englischen Harrison-Konzerns um den Preis von 20 Millionen Mark in den Besitz der Feldmühle, W., übergegangen. Der Beschäftigungsgrad in der Zellstoffindustrie ist als normal zu bezeichnen; die Rentabilität der Betriebe beleuchtet wohl am besten die Dividendenpolitik der Konzerne. Die Kohnholz verteilte in den letzten drei Jahren eine Dividende von 12 bis 18 Prozent, fast ebensoviele verteilte der Waldbos-Konzern. Trotz dieser glänzenden Geschäftslage glauben die ostpreussischen Zellstoffgewaltigen in das allgemeine Geschrei der deutschen Unternehmer über die Notwendigkeit eines Lohnabbaues einstimmen zu müssen. Haben sie doch zu den nächsten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Mantel- und Lohnvertrages neben sonstigen Verschlechterungen nicht nur einen Abbau der Akkorde und Prämien, sondern auch einen 10prozentigen Abbau der Stundenlöhne vorgeschlagen. Die Zellstoffarbeiter in Ostpreußen werden in den nächsten Wochen eine schwere Belastungsprobe zu bestehen haben und alle Kräfte anspannen müssen, um den Angriff der Unternehmer auf ihre Lebenshaltung abzuwehren.

Die chemische Industrie ist mit Ausnahme der neugegründeten Fabrik in Marienburg sehr schlecht beschäftigt, auch hier wollten die Unternehmer die schlechte Wirtschaftslage zu einem Lohnabbau benutzen. Trotzdem gelang es uns, den bisherigen Lohn auch weiterhin zu halten und in der Marienburger Fabrik eine namhafte Akkordlohnsteigerung zu erreichen. In der Seifen- und Zündholzindustrie wurden Lohnsteigerungen von 3 Pf. je Stunde erreicht, die aber nicht zur Auswirkung kommen konnten, da die Betriebe stillgelegt wurden.

In der Ziegelindustrie wirkte sich die minimale Bauaktivität im geradezu katastrophalen Maße auf die Betriebe aus. Die Kampagne, die normalerweise sieben Monate beträgt, dauerte im vergangenen Jahre nur etwa drei Monate. Von insgesamt 320 Betrieben hatten nur 122 die Arbeit aufgenommen, die übrigen blieben aus Mangel an Absatz stillgelegt. Welche Auswirkungen die schlechte Konjunktur im Baugewerbe hat, zeigt wohl am besten die Tatsache, daß in der gesamten Provinz im besten Arbeitsstand Juli bei den Arbeitsämtern noch 49 000 Arbeitslose gemeldet waren. Hinzu kommen noch viele Tausende, die nicht gemeldet waren, weil sie die Unwirtschaft nicht erreicht hatten. Diese schlechte wirtschaftliche Lage wollten die Ziegelunternehmer zu einem Lohnabbau benutzen. In den meisten Fällen gelang es uns aber, mit Hilfe des Schlichtungsausschusses die bisherigen Löhne auch weiterhin zu halten. In verschiedenen Betrieben konnten wir jedoch einen Lohnabbau nicht vermeiden, und zwar meist in solchen Betrieben, in denen die Organisation schwach ist. In den Betrieben, in denen die Organisation überhaupt nicht vertreten ist, sieht es noch trostloser aus. In den Betrieben des süddösischen Teiles von Ostpreußen werden noch Stundenlöhne von 25 bis 35 Pf. gezahlt. Dieser Bezirk bildet eine außerordentlich ernste Gefahr für die Tarifbewegungen in den anderen Betrieben. Es wird im nächsten Frühjahr von der Organisation alles darangesetzt werden müssen, auch in diesem Winkel voranzukommen.

Durch die katastrophale Arbeitslosigkeit war die Situation unter der Mitgliedschaft recht groß. Einem Zugang von 2700 Mitgliedern stehen ebensoviele Abgänge gegenüber.

In der Beitragsleistung wirkte sich ebenfalls die große Arbeitslosigkeit aus. Der Umsatz an Arbeitslosenmarken liegt von 11,7 Prozent im Jahre 1928 auf 19 Prozent im Jahre 1929 und auf 30 Prozent im ersten Halbjahr 1930. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder steigt dauernd. Im Januar 1929 waren 24,9 Prozent sämtlicher Mitglieder arbeitslos. Bis zum Juli ging die Arbeitslosigkeit bis auf 10,4 Prozent zurück, stieg aber bereits im August wieder an und betrug im Dezember 34,9 Prozent. Im ersten Vierteljahr 1930 waren 41,1 Prozent und im zweiten Vierteljahr immer noch 31 Prozent sämtlicher Mitglieder ohne Arbeit. Die Einnahmen der Hauptkasse und damit auch die der einzelnen Jahrestellen zeigen deshalb einen Rückgang. Durch vermehrte Agitation und Reduzierung der Ausgaben soll diesem Uebelstand begegnet werden.

In der Diskussion wurde von Meyer (Elsing) die trostlose Lage der Haffziegeleien geschildert. Die Jahrestelle Elsing leidet unter der großen Arbeitslosigkeit ganz besonders, da die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder aus Ziegeleiarbeitern besteht, die knapp drei Monate im Jahre Arbeit hatten.

Anschließend hielt der Kollege Köhler ein sehr lehrreiches Referat über die Aufgaben und die Pflichten der Jahrestellenfunktionäre. Er behandelte eingehend die Aufgaben der Bevollmächtigten, der Hilfskassierer, der Revisoren und gab wertvolle Fingerzeige über eine einwandfreie und reibungslose Verwaltung einer Jahrestelle. Gerade in der heutigen Zeit ist die Kleinarbeit besonders notwendig.

Dann erstattete Kollege Drems einen Bericht über die letzte Beitragsleistung in Hannover. Die Konferenz unterschied sich sehr vorteilhaft von früheren Konferenzen. Während früher die Kuhne, Krüger, Rohde und andere Roskanföhdlinge eine praktische Arbeit in den Konferenzen fast unmöglich machten, ist es jetzt ganz anders geworden. In ruhiger, sachlicher Weise wurde die Diskussion geführt und fruchtbringende Arbeit geleistet. Wir hoffen, daß diese Gesandung auch weiterhin anhält und sich zum Vorteil der Organisation und der ostpreussischen Arbeiterschaft auswirken wird. B e c h e r t.

Frauenfragen.

Die Agitation unter den Kolleginnen — und was Kolleginnen dazu schreiben.

Warum überhaupt besonders Agitation unter den Kolleginnen? Ist sie nötig und erfolgversprechend? Über die steigende Bedeutung der Frauenarbeit in den uns zutragenden Betrieben braucht nicht gefritten zu werden. Durch die wirtschaftliche Lage und die mit der Frauenarbeit zusammenhängende Frage der heutigen und praktischen Lohngestaltung weiß jeder, daß die Arbeiterinnenfrage wichtig ist. Nicht ganz allgemein bekannt ist die Tatsache, daß eine Frau, die als Arbeiterin in einem Fabrikbetrieb beschäftigt ist, in der Regel einen geringeren Lohn erhält als ein Mann, der in demselben Betrieb arbeitet. Dies ist ein Grund, weshalb die Agitation unter den Kolleginnen besonders wichtig ist. Sie ist notwendig, um die Frauenarbeit in den uns zutragenden Betrieben zu fördern und die Arbeiterinnenfrage zu lösen. Die Agitation unter den Kolleginnen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Sie ist notwendig, um die Frauenarbeit in den uns zutragenden Betrieben zu fördern und die Arbeiterinnenfrage zu lösen. Die Agitation unter den Kolleginnen ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeiterbewegung. Sie ist notwendig, um die Frauenarbeit in den uns zutragenden Betrieben zu fördern und die Arbeiterinnenfrage zu lösen.

nur die Gewerkschaften imstande sind, durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Männerarbeit und Frauenarbeit in die Bahnen gesunder fortschrittlicher Entwicklung zu drängen. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die materielle Lebenslage der Arbeiterin durch organisatorischen Zusammenschluß zu heben. Die Arbeiter in den modernen Betrieben haben besondere Veranlassung, den Kampf der Arbeiterinnen als ihren eigenen Kampf zu betrachten. Den Arbeiterinnen aber muß durch besondere Aufklärung der Weg zum organisatorischen Erfolg geebnet und verkürzt werden. Was ist da wohl unsere spezielle Aufgabe? Diese Frage müssen wir an unsere Kolleginnen und Kollegen richten — weil ohne Solidarität keine Erfolge mehr zu sehen wären und wir alle über diese Frage nachdenken müssen.

Die Agitation unter den Kolleginnen soll gefördert werden. Das wurde auch auf dem letzten Verbandstag klar zum Ausdruck gebracht. Die Frage ist nur oft: Wie? Die Verantwortung aber muß jedes Mitglied unseres Verbandes lebhaft interessieren. Unsere Verbandsleitung hat durch besondere Frauerveranstaltungen, wie Konferenzen, Versammlungen, Kurse usw., zur Förderung und Weiterbildung der Funktionärinnen viel beigetragen. Sie hat auch durch ihre Druckschriften und Förderung der allgemeinen Mitgliederwerbung auf die Agitation einen ganz erheblichen Einfluß ausgeübt. Das ändert aber nicht die Tatsache, daß heute immer noch die Zahl der organisierten Kolleginnen in starkem Minderverhältnis zur Zahl der Beschäftigten steht.

Kürzlich wurden durch unser Arbeiterinnensekretariat für unsere Funktionärinnen Fragebogen herausgegeben, um festzustellen, inwieweit sich die Kolleginnen am Verbandsleben überhaupt beteiligen und Wege zur Belebung der Frauenagitation zu weisen vermögen. Diese Fragebogenangelegenheit ist noch nicht abgeschlossen. In unseren Verbandsorganen soll aber die Gelegenheit zur Diskussion schon hier aufgezeigt werden. Was sagen z. B. unsere Kolleginnen dazu, wenn in erster Würdigung der Schwierigkeiten eine Mitarbeiterin doch dringende Forderungen an die Kollegen stellt oder die Zahlstellenleitungen zu größerer Aktivität auffordert? Alles selbstverständlich im Rahmen des Möglichen. Eine Kollegin schreibt: „Durch mehr Frauenveranstaltungen, mehr Vorträge sollen die Funktionärinnen im Interesse des Verbandes geistig gefördert werden. Gerade die Wochenendkurse zeigen, wie äußerst wichtig es ist, die Funktionärinnen zu schulen...“ Eine andere Kollegin schreibt: „... Durch Aussprachen untereinander, durch Hausagitation, durch leicht verständliche Broschüren...“ Wieder eine andere Kollegin sagt: „Es sollen regelmäßig Frauenversammlungen abgehalten werden, in denen das Interesse der Frauen für die Gewerkschaft geweckt und gefördert werden soll...“ Wiederholt aber kommt zum Ausdruck, daß die Mitarbeit von Kolleginnen im Betriebsrat die Agitation für den Verband fördere. Insgesamt gruppieren sich die Vorschläge um die Gebiete:

- Hausagitation, Frauenabende und Betriebsversammlungen mit Referentinnen,
- Flugblätter,
- Aufklärung über die Tätigkeit des Verbandes durch Film, gesellige Unterhaltungsabende,
- mehr Frauenfragen in den Verbandszeitungen behandeln, Broschüren in erzählender Form herausgeben,
- Filmvorträge,
- sonstige Aufklärungsvorträge,
- Betriebsagitation,
- mehr Mitarbeit im Betriebsrat.

Außerdem wird auch erwähnt, daß die Agitation unter den Kolleginnen gefördert werden kann bei „größerer Unterföhrung durch die Kollegen im Betrieb“. Eine Kollegin schreibt darüber: „... Hauptbedingung ist, daß uns die Kollegen tatkräftig unterstützen. Das bringt was um manches vorwärts.“ Eine andere: „Wie bitten, daß die Männer unsere Bestrebungen mehr Interesse entgegenbringen.“ Eine dritte schreibt dazu: „Durch bessere Mitarbeit unserer eigenen Führer kann die Frauenagitation mehr gefördert werden.“

Bei der Frauenagitation muß also sehr viel beachtet werden. Vor allen Dingen aber sollte es jede organisierte Kollegin für ihre Pflicht erachten, im Betriebe selbst oder auf dem Wege von und zur Arbeitstätigkeit für den Verband zu werden. Das wird ebenfalls sehr vorausgesetzt und beachtet werden müssen, wie gefordert werden muß, daß gute Ratschläge eifrigste Beachtung finden. Die Meinung der Kolleginnen soll hier aber keineswegs nur angedeutet oder registriert werden. Diese Zeilen dienen der Anregung zur Stellungnahme im Interesse der Sache. Wir werden die Agitation unter den Kolleginnen in den Vordergrund aller Zahlstellenaufgaben rücken müssen, weil die Gewerkschaften vor schwierigsten Kämpfen stehen und wir als Fabrikarbeiterverband eine organisatorische Stärkung suchen müssen, die auch ausreichende Erfolge zu garantieren vermag. Die Überwindung der Gleichgültigkeit ist aber die schwerste Aufgabe. Das gilt keineswegs nur für Kolleginnen. Mehr Werbung tut not. Mehr organisatorische Mitarbeit ist noch notwendiger. Die Unternehmer sind wachsam. Je eher und je mehr wir die Wichtigkeit der Arbeiterinnenfrage, insbesondere der Arbeiterinnenentlohnung und Arbeiterinnenagitation erkennen und konsequent danach handeln, desto eher und desto leichter werden wir unsere Gegner besiegen.

Anna Jammert

Eine Frauenkonferenz im Gau 16

tagte am Sonntag, dem 21. September, in Düsseldorf, mit folgender Tagesordnung:

1. Die Frau in der Produktion und Gewerkschaft. Referentin: Kollegin Jammert (Hannover).
2. Schutzvorschriften für gewerbliche Arbeiterinnen. Referentin: Kollegin Hackmann (Arensfeld).
3. Verschiedenes.

Es waren anwesend: Die beiden Referentinnen, zwei Gewerkschaftsleiter, zwei Gewerkschaftsmitglieder, sechs Angehörige, vier weibliche Angehörige, 27 Kolleginnen aus den Betrieben, vier Gäste und ein Mitglied des Verbandsbüros.

Kollege Heering eröffnete die Konferenz. Er sprach den Wunsch aus, daß uns auch die diesjährige Frauenkonferenz

in der Werbung neuer Mitglieder einen Schritt vorwärts bringen möge.

Kollegin Jammert begrüßte die Konferenzteilnehmer im Auftrage des Hauptvorstandes und betonte, daß der Vorstand die Maßnahmen bezüglich Heranbildung der Kolleginnen zu Mitarbeiterinnen nachdrücklich unterstützt. Sie gab in ihren Ausführungen einen Überblick über die Stellung der Frau im kapitalistischen Produktionsprozeß. Die Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zur Zeit des Frühkapitalismus veränderte auch die Stellung der Frau im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Die Eigenproduktion im Haushalt verschwindet immer mehr und die freigewordenen Frauenkräfte strömen in die Fabriken. Die Steigerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen zeigt die große Bedeutung der Frauennarbeit im volkswirtschaftlichen Leben klar auf. Die Frau muß deshalb auch ihren Fragen größeres Interesse entgegenbringen. Gerechte Entlohnung der Frauenleistung setzt bessere gewerkschaftliche Organisation der Frauen voraus. Es darf nicht länger so sein, daß immer Anverhältnismäßig großer Prozentsatz der Arbeiterinnen abseits der Organisation steht.

Auf die Mitarbeit der Frau im Betriebsrat ging Kollegin Jammert in längeren Ausführungen ein, und ebenfalls auf die Notwendigkeit der Schulung und Bildung der Kolleginnen. Gerade der Fabrikarbeiterverband hat auf diesem Gebiete viel getan. Die Frauenkonferenzen und Wochenendkurse sollen dieser Schulung dienen und mehr Kolleginnen zur Mitarbeit befähigen. Auch an den Kursen im Fabrikarbeiter-Schulheim in Wennigsen nehmen Kolleginnen teil, doch dürften hierzu die Meldungen zahlreicher eingehen.

Mit einem Appell an die anwesenden Funktionärinnen, in der nächsten Zeit alle Kräfte zur Werbung neuer Mitglieder anzuspannen, schloß Kollegin Jammert ihre Ausführungen, die von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit angehört wurden.

In der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Kowalski, Scharf, Hackmann und Ludwigkeit, sowie die Kollegen Kennemich, Reuß und Gundlach.

Kollegin Hackmann gab einen Rückblick auf die Arbeiter-Schutzgesetzgebung. Sie führte dann weiter aus, daß erst die sogenannte große Arbeiterschutznovelle von 1891 einen erweiterten Arbeiterinnen- und Jugendschutz brachte. 1910 sei die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf täglich 10 Stunden, Sonnabends auf 8 Stunden beschränkt worden. Nach dem Kriege wurden die Verordnungen über die Arbeitszeit erlassen. Sie machte längere Ausführungen über die zulässige Dauer der täglichen Arbeitszeit für weibliche Arbeitnehmer über 16 Jahre, über das Verbot der Nachtarbeit, den Sonnabend-Frühschluß, die Sonntagsarbeit, die Mindestruhezeiten und Mindestpausen. Sie streifte auch den Wächnerinnen-Schutz und betonte, daß die Kolleginnen in ihrem eigenen Interesse die Mutter-Schutzbestimmungen besser beachten sollen.

Auch bei diesem Vortrag zeigte die große Aufmerksamkeit, daß die Rednerin mit ihren Ausführungen das Interesse der Konferenzteilnehmer gewonnen hatte.

An der Diskussion beteiligten sich die Kolleginnen Sadu, Scharf und Jammert, sowie die Kollegen Heering, Hoffmann, Kennemich, Gerß, Bügener und Reimann.

Im Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Heering das Programm der Gauleitung für diesen Herbst und Winter bezüglich der Frauenagitation bekannt. Er ließ seine Ausführungen ausklingen in den Worten, daß die Konferenz reiche Früchte tragen und den Gedanken verbreiten möge, daß ohne gewerkschaftliche Organisation keine Besserung der Lebensverhältnisse möglich ist. Er schloß mit einem Hoch auf den Fabrikarbeiterverband die gut verlaufene Konferenz.

wird Zeit, daß die Völker Europas die verkehrte Wirtschaftspolitik erkennen und zu einem gesunden Güteraustausch kommen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Sozialpolitik auf dem englischen Gewerkschaftskongress.

Im Mittelpunkt des in Nottingham abgehaltenen englischen Gewerkschaftskongresses standen eher wirtschaftspolitische und organisatorische Probleme als Fragen der Sozialpolitik. Trotzdem wurden eine Anzahl sozialpolitischer Fragen behandelt, vor allem die Arbeitszeitfrage. Ein Entschluß des Kongresses fordert den Generalkrat auf, eine große Propaganda für die 44-Stunden-Woche einzuleiten. Die Begründung für die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung ist die Rationalisierung mit der Folge der Steigerung des Produktionsertrages und der Freisetzung von Arbeitskräften. Daher dürften Lohnkürzungen für die verkürzte Arbeitszeit nicht eintreten. Die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens wurde vom Kongress einstimmig gefordert. Auf dem Kongress hat ein Mitglied der Regierung die baldige Unterbreitung dieses Entwurfes im Parlament in Aussicht gestellt, ebenfalls die Abänderung des nach dem gescheiterten Generalstreik beschlossenen reaktionären Gewerkschaftsgesetzes und das seit langem fällige Gesetz für den Arbeiterschutz (Fabrikgesetz). Eine lebhaft diskutierte entwickelte sich über die Frage der staatlichen Kinderzuschüsse. Die Arbeiterpartei und der Generalkrat der Gewerkschaften haben diese Forderung, die seit Jahren immer wieder erhoben wird, im Vorjahr sich zu eigen gemacht. Nachdem es sich jetzt herausgestellt hat, daß die Kosten der staatlichen Kinderzuschüsse 1,4 Milliarden Mark betragen würden, hat der Generalkrat angesichts der angespannten Finanzlage des Staates und des großen Geldbedarfs der Arbeitslosenversicherung von dieser Forderung Abstand genommen. Die Herabsetzung der Grenze für die Altersversicherung von 70 auf 60 Jahre wurde vom Kongress gefordert, obwohl ziemlich einstimmig darüber bestand, daß infolge der finanziellen Schwierigkeiten des Staates zur Zeit höchstens die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre erreicht werden kann. Ein Kongressbeschuß hat eine radikale Reform des Krankenkassenwesens, das in England sehr im argen liegt, gefordert.

Berichte aus den Zahlstellen.

Annaburg, Zahlstellen-Jubiläum. Die Zahlstelle Annaburg hatte am 20. September ihre Mitglieder und Angehörige zur Feier ihres 30jährigen Bestehens eingeladen. Im festlich geschmückten Saal des Bürgergartens fanden sich die Mitglieder und Gäste zusammen. Ein Begrüßungsmarsch und Prolog, der vom Kollegen Richter vorgetragen wurde, leitete die Feier ein. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Eich, begrüßte die Mitglieder und Gäste. Er dankte den Jubilaren für ihre Treue, für ihre Mitarbeit, die sie in den langen Jahren für den Verband geleistet haben. Die Mitglieder, vor allem unsere Jugend, forderte er auf, mitzuhelfen an dem Aufbau des Verbandes, sich um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in noch stärkerem Maße als bisher zu kümmern. Anschließend ergriff Kollege Emil Hoffmann (Altenau) das Wort zu seiner Festrede. Er überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes, der Branchenleitung und der Gauleitung Magdeburg. Bereits 1884 wurde eine Zahlstelle des Porzellanarbeiterverbandes gegründet. Unter dem Druck der damaligen Behörden und deren Verfolgungen, denen die Mitglieder damals ausgesetzt waren, ging die Zahlstelle nach einigen Monaten wieder ein. Im Jahre 1900, vor nunmehr 30 Jahren, wurde auf Betreiben des Kollegen Wollmann die Zahlstelle neu gegründet. Es waren bei der Gründung 47 Kollegen vorhanden. Der zehnten Aufbauarbeit unserer Jubilare ist es zu danken, daß die Zahlstelle nicht nur bestehen blieb, sondern stark und gefestigt wurde bis auf den heutigen Stand von 425 Mitgliedern. Redner gedachte der Erfolge, welche die gewerkschaftliche Organisation gerade für die Porzellanarbeiterchaft gebracht hat. Unsere alten Jubilare waren es, die in der Vorkriegszeit unter schwierigen Bedingungen die Vorarbeit für die jetzt vertraglich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen geleistet haben. In unserer Jugend liegt es, das Erbe unserer alten Kollegen nicht nur zu übernehmen, sondern tatkräftig auszubauen bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus. Begeistert stimmten die Anwesenden in das Hoch auf den Verband ein. Die Kollegen Sauerbrei und Möbius dankten im Auftrage der 24 Jubilare für die Anerkennung und mahnten zur Einheit und Geschlossenheit der organisierten Arbeiterchaft. Regitationen und Konzerte, anschließend ein großes Tanzchen, hielten die Anwesenden noch einige Stunden vereint. Die Veranstaltung hätte einen noch würdigeren Verlauf nehmen können, wenn es nicht leider noch irreführende Arbeiter geben würde. Nicht genug damit, daß die KPD und KGD tags zuvor ein Flugblatt gegen die Jubiläumfeier verbreitet hatten, war auch der Strohtrupps bereitgestellt, um die Feier zu stören. Die Festrede sollte durch Werfen von Stinkbomben unmöglich gemacht werden, glücklicherweise plägen viele nicht, so daß die beabsichtigte Störung nicht eintrat. Jetzt mußte ein Zusammenstoß provoziert werden. Einige dieser Faustkämpfer drangen in den Saal ein. Kollege Eich forderte sie auf, den Saal zu verlassen. Die Antwort dieser Weltrevolutionäre war, daß man mit Häufen auf ihn einschlug und ihn mit Fausttritten bearbeitete. Diese Leute wollen die Welt erobern, wollen ihr Faustrecht auch in den Gewerkschaften einführen. Wer sich jetzt noch nicht schämt, solche Elemente Genossen zu nennen, dem ist nicht mehr zu helfen.

E. Eich.

Wirtschaftliches.

„Nationale“ Preispolitik der Unternehmer.

Es ist seit langem bekannt, daß die verhältnismäßig günstige Ausfuhr in der Hauptsache auf eine wesentliche Herabsetzung der Ausfuhrpreise zurückzuführen ist. In der Handelszeitung des „B. L.“ Nr. 423, wird eine Zuschrift veröffentlicht, worin ein Händler diesbezügliche Erfahrungen schildert. In der Zuschrift heißt es u. a.:

„Von einer Glasfabrik erhielt ich Angebot in Milchglasplatten zu 1,61 Mark pro Stück. Ich dankte dafür, bemerkte, daß ich lieber durchsichtiges Glas verwenden möchte, daß außerdem der Preis aber viel zu hoch sei, da mir von anderer Seite bereits Angebot zu 45 Pf. vorlag. Darauf erhielt ich von der Gesellschaft wörtlich folgende Antwort: Wir bestätigen dankend den Empfang Ihrer wertigen Zuschrift vom 2. d. M. und teilen Ihnen mit, daß wir in den von Ihnen limitierten Preis für unser Milchglas eintreten können, wenn die Ware für das Ausland bestimmt ist und von uns direkt in den Freihafen geliefert wird. Man verlangt also vom deutschen Käufer: 1,61 Mark für ein Stück, das man nach dem Ausland zu 45 Pf. liefern will. Ich sehe von der Beantwortung der Frage ab, ob diese Taktik im Prinzip richtig ist, aber der hier vorliegende Unterschied ist so ungeheuer, daß er selbst für diejenigen unmöglich erscheinen muß, die diese Frage bejahen. Man spricht und schreibt jetzt überall vom Preisabbau und glaubt schon, daß viel erreicht ist, wenn die eine oder andere Industrie ihre Preise um ein paar Prozent erniedrigt. Bei einer derartigen Exportpreispolitik, wie sie in Deutschland zum großen Teil gehandhabt wird, dürfte ein richtiger Preisabbau eher unmöglich sein.“

Hier wird an einem besonders krassen Fall gezeigt, daß die Industrie durchaus bereit ist, nach dem Ausland billig zu liefern. Mehr oder weniger wird ein derartiges Dumping von allen Staaten geübt. Der inländische Konsum wird mit hohen Preisen belastet, damit eine Schlendererzählung nach dem Ausland möglich ist. Durch die billigen Ausfuhrpreise werden die hohen Schutzollmannern übersprungen. Selbst das Mittel der internationalen Kartellierung hilft auf die Dauer nicht, den Schutzoll voll zur Auswirkung zu bringen. Das Hochschutzzollsystem, welches sich in den letzten Jahren eingebürgert hat, wird sich schließlich doch als eine fragwürdige Schutzmaßnahme erweisen. Der internationale Handel wird gehemmt, durch die Fehlleistung werden ungeheure Kapitalmengen verpulvert und der Konsum hat schließlich den Schaden. Es

Verbandsnachrichten.

Achtung! Sehr wichtig!

Wer kann die Adresse des Kollegen Erwin Klug angeben? Klug ist am 7. November 1907 in Ludwigshafen a. Rh. geboren. Sein Mitgliedsbuch trägt die Nummer 735 209. Angaben an die Zahlstelle Ludwigshafen a. Rh., Ludwigplatz 4, erbeten.

Hameln (Weser).

Die ausgeschriebene Stelle ist besetzt. Gewählt wurde der Kollege Fritz Neubert (Hörster a. d. Weser). Allen übrigen Bewerbern besten Dank. [2,50 Mk.]

Literarisches.

Mit dem Septemberheft schließt der 6. Jahrgang der „Urania“. Des Inhaltsverzeichnis zeigt, wie reich der Inhalt war, der kaum ein Gebiet der Natur- und Gesellschaftswissenschaft unberücksichtigt gelassen hat. Überall macht sich die entscheidende Richtung für Vertiefung und Fortschritt geltend. Das letzte Heft führt uns auf eine Reisebootfahrt auf Saale und Elbe. A. Komisch beschäftigt sich mit dem zwischen Ervingen und... Am Beispiel des eldenbergischen Hasenbuchs zeigt er den Gang der Erziehung mittelalterlicher Wirtschaftsgeschichte in der Natur. Von der Forderung von Willen, Willen, der Beantwortung, wird die Entstehung und Aufzucht gezeigt. Alfred Kämpfer behandelt die soziale Bedeutung von Urania, Franz Esch und Sport und Baum. Obermann gibt den Zusammenhang von Kultur und Kreativität nach. Der Beginn des neuen Jahrganges sollte jeden noch Willen strebenden veranlassen, sich über die neuen Zusammenhänge in der Natur und Gesellschaft zu informieren und an Abonnement dieser für die Arbeiterchaft wichtigsten Zeitschrift eingehen. Probehefte und Prospekte stellt der Verlag jederzeit auf Wunsch ganz kostenlos zur Verfügung.

Chemische Industrie

Explosion in einer Asphaltfabrik.

Am Mittwoch, dem 17. September, ereignete sich in der Asphaltfabrik in Rudow eine Explosion. In dem Gebäude, in dem sich die Benzolwäsche befindet, geriet überlaufendes Benzol in Brand. Der Inhalt des Kessels wurde vom Feuer ergriffen und infolge der entstandenen Wärme ein Destillationskessel zur Explosion gebracht. Der Benzoldestillateur, der allein in diesem Gebäude tätig war, wurde schwer verbrannt und mußte in das Krankenhaus gebracht werden. Die Ursachen des Brandes konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Der Produktionsvorgang spielt sich so ab, daß im Benzolmischgefäß dem Benzol zum Waschen Schwefelwasserstoff zugesetzt wird. Mittels Rührwerk wird das Ganze gut durchgemischt und bleibt zum Absetzen stehen. Sobald durch Probe festgestellt ist, daß das Benzol gut durchgewaschen ist, wird das Benzol abgelassen.

Papier-Industrie

Weltwirtschaftskrise in der Papierindustrie.

Die heute in fast allen Industrie- und Kulturstaaen sich auswirkende Weltwirtschaftskrise ist auch an der internationalen Papiererzeugungsindustrie nicht spurlos vorübergegangen. Für die Papiererzeugungsindustrie sind die Ursachen einmal in der durch planlose Rationalisierungsmaßnahmen herbeigeführten Überproduktion und zum anderen in der mangelnden Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes, die wiederum stark beeinflusst wird durch die allgemeine Wirtschaftskrise, zu suchen.

Die Weltproduktion.

Einen Anhaltspunkt für die Produktionsentwicklung in der internationalen Papiererzeugungsindustrie geben die folgenden Zahlen, die teilweise auf Statistiken, aber ebenso auf Schätzungen, besonders für Staaten mit kleinerer Papiererzeugungsindustrie beruhen:

Jahr	Weltproduktion an Papier in Tonnen
1900	5 000 000
1905	8 000 000
1908	9 000 000
1913	13 000 000
1920	14 000 000
1927	21 000 000

Seitdem ist die Produktion in den einzelnen Papiererzeugungsstaaten weiterhin gestiegen. Die Zusammenstellung ergibt, daß besonders in der Nachkriegszeit von 1920 an eine außerordentlich starke Steigerung der Produktion stattgefunden hat.

An der Weltproduktion des Jahres 1927 waren die amerikanischen Staaten einschließlich Kanada mit rund 50 Prozent beteiligt. Amerika, Kanada, Deutschland, Großbritannien und Frankreich erzeugten zusammen rund 80 Prozent der Weltproduktion des Jahres 1927.

Produktion und Verbrauch.

Die amerikanische Fachzeitschrift „Weekly Business Review“ der American Paper and Pulp Association brachte vor kurzer Zeit eine Zusammenstellung der Beteiligung der einzelnen Staaten sowohl an der Weltproduktion, den Weltverbrauch, sowie den Import und Export. Danach ergeben sich für die hauptsächlichsten an der Papiererzeugungsindustrie beteiligten Staaten folgende Mengen:

Staaten	Produktion in Tonnen	Verbrauch in Tonnen
Vereinigte Staaten	10 002 070	11 943 174
Kanada	2 468 691	570 153
Deutschland	2 190 300	1 627 921
Finnland	310 399	66 142
Frankreich	828 311	773 658
Großbritannien	1 649 760	2 025 367
Japan	575 758	598 865
Italien	400 982	423 055
Neufundland	202 852	15 399
Norwegen	390 000	44 454
Polen	130 777	157 958
Rußland	305 337	401 898
Schweden	354 249	170 638
Schweiz	242 508	80 550
Andere Länder	865 000	2 047 695
Insgesamt	20 946 972	20 946 972

Für Frankreich, Norwegen und die anderen Länder beruhen die Produktionszahlen, für Italien und die anderen Länder die Verbrauchszahlen auf Schätzungen.

Nach dieser Zusammenstellung hätten die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Deutschland und Frankreich rund 78 Prozent der Weltproduktion verbraucht.

Diese Zahlen sind aus dem Jahre 1927, hier hätten sich demnach — wenigstens theoretisch — Weltproduktion und Weltverbrauch ausgeglichen.

Bis zu diesem Jahre war es den an der Weltproduktion von Papier beteiligten Staaten, soweit deren Produktion über den eigenen Verbrauch hinausging, auch noch möglich, die überschüssige Produktion auf dem Weltmarkt abzusetzen. Die folgenden Zahlen geben einen Überblick über den Papierimport und -export des Jahres 1927 in den einzelnen Staaten:

Staaten	Import in Tonnen	Export in Tonnen
Vereinigte Staaten	2 068 973	127 869
Kanada	50 000	1 948 538
Deutschland	246 415	806 794
Finnland	1 556	245 813
Frankreich	217 975	72 628
Großbritannien	617 362	241 755
Japan	69 146	46 039
Italien	38 157	16 064
Neufundland	1 000	188 453
Norwegen	—	345 546
Polen	32 253	5 072
Rußland	96 561	—
Schweden	9 165	422 731
Schweiz	7 175	169 131
Andere Länder	1 182 695	—

Bei dieser Zusammenstellung beruhen die angegebenen Importzahlen für Italien, Neufundland und andere Länder, die Exportzahlen dagegen nur für Italien auf Schätzungen.

Die allgemeine Wirtschaftskrise, deren Ursachen hier nicht näher untersucht werden sollen, und damit verbunden die eingetretene Schwächung der Kaufkraft in fast allen Kulturstaaen, sowie die seit 1927 weiter gestiegene Produktion der einzelnen Papier erzeugenden Staaten hat es mit sich gebracht, daß fast in allen Papierproduktionsstaaten heute eine Überproduktion vorhanden ist. Trotzdem gehen die Produktionssteigerungen in verschiedenen Staaten lustig weiter. Weitere Angaben darüber erfolgen unter den einzelnen Staaten.

Amerika und Kanada.

Die bereits erwähnte amerikanische Fachzeitschrift wies vor kurzer Zeit darauf hin, daß die Erzeugung in fast allen Teilen der Papierherstellung und -verarbeitung ebenso wie der Verbrauch unter dem Durchschnitt des Jahres 1929 liegen. Die allgemeine Geschäftslage sei nicht zufriedenstellend und die Warenpreise lägen 2,5 Prozent unter dem schlechtesten Nachkriegsjahre 1922. Die Preise seien im Jahre 1929 um 9 Prozent gesunken. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1930 seien die Papierverladungen schneller zurückgegangen als die Erzeugung, wodurch die Vorräte größer seien als im vergangenen Jahre. Dies gelte nicht nur für die Papier-, sondern auch für die Pappenerzeugung. Bei den hochwertigen Papierforten seien die Vorräte um 6 Prozent und mehr angewachsen. Die Hauptursachen der wirtschaftlichen Depression seien die Übererzeugung und das Anhäufen von Vorräten, die nicht abgesetzt werden könnten.

Ferner heißt es in einem amerikanischen Fachblatt, daß der amerikanische Markt mit Papieren aller Art überfüllt sei.

Im Juni 1930 betrug die Papierverlade der Vereinigten Staaten 294 476 Tonnen. An Zellstoff und Holzstoff waren 129 803 Tonnen vorhanden, trotzdem die Papier- und Zellstoffproduktion 9 Prozent unter dem gleichen Monat des Vorjahres lag.

Diese gewiß nicht günstigen Verhältnisse hinderten die Zeitungspapierproduzenten Kanadas nicht, auch im Jahre 1930 ihre Produktionskapazität um weitere 1000 Tonnen pro Tag zu steigern, trotzdem Nordamerika als das wichtigste Absatzgebiet für die kanadische Zeitungspapierindustrie angesehen werden muß. Damit nicht genug, befindet sich in der Provinz Quebec eine weitere Zeitungspapierfabrik im Bau, deren Tagesleistung 250 Tonnen betragen soll.

Unter den jetzigen Verhältnissen erscheint es unmöglich, diese erhöhte Produktion auch weiterhin in den nordamerikanischen Staaten absetzen zu können. Der Bedarf an Zeitungspapier in den südamerikanischen Staaten ist außerordentlich gering, wie aus der folgenden für das Jahr 1929 geltenden Zusammenstellung hervorgeht:

Die Volksherrschaft über die Volkswirtschaft

allein ist der Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit und aus dem Wirtschaftselend unserer Zeit. Nicht mehr Produktion um des Profites willen, nicht mehr Privatgewinne auf Kosten der Armen und Weislosen, sondern eine möglichst ausreichende, möglichst vollkommene und möglichst sichere Versorgung aller Mitglieder der menschlichen Gesellschaft mit allen lebensnotwendigen Dingen und allen Annehmlichkeiten, die die Kultur bietet. Wir wollen Arbeit, Freiheit und Brot für alle Staatsbürger. Die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung kann das nicht geben, sie führt die Arbeiterschaft nur immer tiefer in Not, Elend und Abhängigkeit. Es ist Zeit, daß eine gerechte und soziale Wirtschaftsordnung an ihre Stelle tritt.

Staaten	Zeitungspapierverbrauch in Tonnen
Argentinien	91 000
Brazillen	59 000
Chile	21 000
Uruguay	6 300
Peru	3 500
übrige südamerikanische Staaten	3 000
Insgesamt	163 800

Den stärksten Verbrauch an Zeitungspapier unter allen südamerikanischen Staaten hat Argentinien, in dem 55 Prozent aller Zeitungen und Zeitschriften Südamerikas hergestellt werden. Dabei stellt Argentinien nur 5 Prozent seines Zeitungspapierbedarfs selbst her. In Brazillen dagegen befinden sich 23 Papierfabriken, deren Erzeugung schätzungsweise 75 000 Tonnen jährlich beträgt, während der Bedarf an Zeitungspapier nur 39 000 Tonnen ausmacht. Da der Papierverbrauch in Argentinien nur 9 Kilogramm, in den übrigen südamerikanischen Republiken aber nur 1,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung ausmacht, so wären hier zweifellos Möglichkeiten des Papierverbrauchs gegeben. Voraussetzung aber auch hierfür sind außer der Hebung der allgemeinen Kulturbedürfnisse die Verbesserungen der Einkommensverhältnisse der südamerikanischen Arbeiterklasse. Im Zeichen der heutigen Weltwirtschaftskrise dürfte dieses aber kaum möglich sein.

Belgien.

Aus Belgien wird berichtet, daß die belgischen Papierfabriken stark unter der gegenwärtigen Weltkrise leiden, wodurch die Aktien der belgischen Papierfabriken stark zurückgegangen sind. 19 Papierfabriken haben deshalb auf die Dauer von 30 Jahren in letzter Zeit einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie sich verpflichten, durch eine eigene Einkaufsgesellschaft auf genossenschaftlicher Grundlage ihre Roh- und Hilfsstoffe einzudecken.

China.

In China wird die Papiererzeugungsindustrie in Tausenden von Betrieben heute noch handwerksmäßig angefaßt. Nach Mitteilung der „Industrie- und Handelszeitung“ soll beabsichtigt sein, in der Provinz Szechuan mit einem Kapital von 300 000 Dollar eine moderne Papierfabrik einzurichten.

Deutschland.

Für den Monat Juli 1930 meldet der Zentralausschuß der Papiererzeugungsindustrie, daß die Absatzverhältnisse im In- und Auslande unverändert ungünstig liegen, so daß ein großer Teil der Betriebe gezwungen ist, die Produktion einzuschränken. Lediglich in den Konzernbetrieben scheint der Auftragsbestand noch günstig zu sein. Dagegen liegen kleinere und mittlere Betriebe still oder arbeiten bis zu 16 Stunden verkürzt.

Estland.

Trotz der allgemeinen Abwärtskrise in der internationalen Papiererzeugungsindustrie beabsichtigt die estländische Regierung nach Mitteilung von Fachzeitschriften eine neue Papierfabrik zu errichten, die es ermöglichen soll, den hauptsächlichsten Papierbedarf des Landes zu decken.

Finnland.

Aus Finnland wird berichtet, daß nur durch Preisabschläge die notwendige Aufrechterhaltung des Betriebes möglich sei. Die Zellstoffpreise hätten einen kaum mehr unterbierbaren Stand erreicht, auch in Umschlagpapieren herrsche stärkste Depression, die den Erzeuger zu weiteren Preisherabsetzungen gezwungen habe; lediglich die Feinpapierfabrikation habe ihre Preise halten können.

Frankreich.

Frankreich, das im allgemeinen bisher von der Weltwirtschaftskrise verschont geblieben ist, hat nach Mitteilung des Vereins deutscher Papierfabrikanten besonders im Seine-Distrikt die Kurzarbeit in der Papierfabrikation eingeführt, wobei die Anzahl der Arbeitstage zwischen 3 und 4 Tagen schwankt.

Italien.

Im Bericht des italienischen Papiermachersvereins wird gleichfalls über ein nicht befriedigendes Ergebnis der Papiererzeugungs-

industrie geklagt und darauf hingewiesen, daß die Ausfuhr italienischer Papierforten zurückgegangen sei, da die Einrichtung der italienischen Papierfabriken im allgemeinen noch sehr rückständig sei, wodurch es diesem unmöglich werde, die Konkurrenz mit der deutschen und englischen Papiererzeugungsindustrie auf dem Weltmarkt aufzunehmen.

Norwegen.

Aus Norwegen wird berichtet, daß infolge Preisrückganges für gebrauchten Sulfatzellstoff ein Teil der Fabriken es vorzieht, ihre Anlagen nicht voll auszunutzen und sich auf die Erzeugung von ungebrauchtem Sulfatzellstoff zu beschränken.

Die Papier- und Zellstofffabrik Union Bruk in Skien arbeitet seit längerer Zeit nur noch vier Tage in der Woche. Ferner wurde die Sulfatzellstofffabrik Borregard vollkommen stillgelegt. Auch die übrigen Betriebe klagen über erschwerte Absatzmöglichkeiten.

Österreich.

Die jährlich 6000 Waggons betragende Leistungsfähigkeit der österreichischen Pappenindustrie wird infolge der Absatzschwierigkeiten im In- und Auslande zur Zeit noch zu 75 Prozent ausgenutzt. Die Pappenindustrie, die stark kartelliert ist, plant eine programmäßige Einschränkung der Produktion.

Nach der gleichen Meldung wird infolge der Absatzschwierigkeiten die Betriebskapazität der österreichischen Papierfabriken zur Zeit nur bis zu 60 Prozent ausgenutzt, so daß Arbeits Einschränkungen und Kurzarbeit bis zu drei und vier Arbeitstagen pro Woche eingetreten sind.

Nebenher laufen BetriebsEinstellungen. Stillgelegt wurden die Seutterischen Holzstoff- und Pappenfabriken in Seebach, die Haller'sche Zellulosefabrik, die zum Hartmann-Konzern in Deutschland gehörige Henckel von Donnersmarcksche Papierfabrik in Frankfurt.

Die Auswirkungen in der Wirtschaftskrise gehen auch aus dem Vergleich der folgenden Produktionszahlen hervor:

Produktion an:	Produktion in Waggons im 1. Halbjahr	
	1929	1930
Papier	11 516	10 720
Zellstoff	11 033	10 925
Holzstoff	5 109	4 942
Pappe	2 588	3 124

Mit Ausnahme der Pappenindustrie, die eine Steigerung der Produktion zu verzeichnen hat, auf deren jetzt bemerkbare Absatzschwierigkeiten wir aber bereits hingewiesen haben, hat die gesamte österreichische Papiererzeugungsindustrie im 1. Halbjahr 1930 einen Produktionsrückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zu verzeichnen.

Die gleichen Anzeichen machen sich auch bei der österreichischen Ausfuhr bemerkbar, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht:

Ausfuhr an:	Ausfuhr in Doppelzentnern im 1. Halbjahr	
	1929	1930
Papier	545 806	477 635
Pappen	172 911	138 311

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß nicht nur die Ausfuhr allgemein zurückgegangen ist, sondern der Wert der Ausfuhr einen noch stärkeren Rückgang zeigt, woraus geschlossen werden kann, daß die Absatzpreise auf dem Weltmarkt teilweise zurückgegangen sind, und fernerhin die Möglichkeit, daß die Qualität der Ausfuhr zurückgegangen ist, also billige Pappenforten ausgeführt wurden.

Schweden.

Auch in Schweden macht sich die Wirtschaftskrise außerordentlich stark bemerkbar. Nach dortigen Meldungen wurden infolge der Überproduktion und der gesunkenen Preise ProduktionsEinschränkungen in der Sulfatzellstoffindustrie vorgenommen. Die Sulfatzellstofffabriken Sandarne der Bergvik och Åka Åra A.-B. und der Nensjö Cellulosa A.-B. liegen seit Juli still, die Sulfatzellstofffabrik in Norrbyndet der Kopparbergs och Hofors Sagerverks A.-B. wurde teilweise stillgelegt. In den Fabriken in Hulm, Linsman, Karlsborg und Dnyäs wird nur vier bis fünf Tage in der Woche gearbeitet. Ferner wurde stillgelegt auf die Dauer von zunächst zwei Monaten die Sulfatzellstofffabrik in Frand. Eingeschränkt hat weiterhin ihren Betrieb die Holzschleiferei Lorpshammer. Durch die BetriebsEinstellung der Zellulosefabrik Sandviken wurden 200 Arbeiter betroffen. Die Papierfabrik Strömme's Bruk hat einen Teil ihrer Arbeiter auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Auch in anderen Betrieben haben Einschränkungen der Produktion stattgefunden.

Diese Stilllegungsmaßnahmen sollen in Verbindung stehen mit dem Beschluß des schwedischen Zellstoffvereins, die Erzeugung einzuschränken. Es wird beabsichtigt, die Produktion allgemein auf fünf Arbeitstage in der Woche zu beschränken und statt dem Dreischichtensystem das Vier- oder Festschichtensystem zu sechs Stunden pro Schicht einzuführen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden, und um die vorhandenen Arbeitskräfte gleichmäßig beschäftigen zu können.

Rumänien.

Die Papierfabrik in Campulung wurde stillgelegt und mehrere hundert Arbeiter entlassen. Die Ursachen der Stilllegung sind bis jetzt nicht bekannt.

Das allgemeine Wirtschaftsbild der internationalen Papiererzeugungsindustrie ergibt somit, daß sich diese in einer außerordentlich starken Depression befindet. Bei Anhalten dieses Zustandes dürften die Folgen sich besonders in der Frage der Lohnentwicklung bemerkbar machen. Schon heute versuchen die Unternehmer in den verschiedenen Staaten besonders einen Abbau der Akkord- und Prämienverdienste herbeizuführen. In Norwegen verlangen die Unternehmer einen Abbau der Tariflöhne, so daß auch hier ein schwerer Abwehrkampf bevorsteht. Leider sind noch keine Anzeichen vorhanden, daß die Wirtschaftslage der internationalen Papiererzeugungsindustrie in allernächster Zeit einer Besserung entgegengeht.

G. Stähler.

Zur Wirtschaftslage in der Papierindustrie.

Im II. Vierteljahreshaft des Instituts für Konjunkturforschung weist dieses Institut darauf hin, daß seit dem letzten Vierteljahr 1928 die Zahl der Vollbeschäftigten, gemessen an der Gewerkschaftsstatistik, in der Papiererzeugungs-Industrie ständig zurückgeht. Dieser Rückgang der Beschäftigung habe im ersten Vierteljahr 1930 eine weitere Verschärfung erfahren. Während im Dezember 1929 die Zahl der Vollbeschäftigten noch 90,4 v. H. betrug, sei sie bis Juni 1930 auf 85,6 v. H. gesunken. Zu dieser Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Papierarbeiterschaft schreibt das Institut für Konjunkturforschung wörtlich noch folgendes:

„Dieser Rückgang kann nicht allein mit der Verringerung des Produktionsvolumens erklärt werden. Vielmehr dürfte der bereits Mitte 1928 eingetretene Rückgang der Beschäftigung auch im engen Zusammenhang mit den sich allmählich durchsetzenden Auswirkungen der technischen Rationalisierung stehen; symptomatisch dafür ist vor allem die in den Jahren 1927 und 1928 stark erhöhte Beschaffung neuerer Maschinen zur Papierherstellung. Mit der erhöhten Mechanisierung und technischen Vervollkommnung hat die Betriebsleistung je Arbeiter zugenommen. Es ist es zu erklären, daß bei fast gleichbleibenden Produktionsmengen die Besetzung der vorhandenen Arbeiterplätze zurückgehen konnte.“

Diese Diagnose des Instituts für Konjunkturforschung bedeutet, wenn sie richtig gestellt ist, für einen Teil der Arbeiterschaft in der Papiererzeugungs-Industrie dauernde Erwerbslosigkeit. Infolgedessen erscheint die von den Gewerkschaften geforderte Verkürzung der Arbeitszeit, wobei die Einführung des Vierstundensystems in den kontinuierlichen Abteilungen der Papiererzeugungs-Industrie technisch sehr leicht möglich ist, vollaus berechtigt.

Nahrungsmittel-Industrie

Walfabriken auf hoher See.

In Nr. 35 des „Proletarier“ hatten wir bei Besprechung der Lage der Walfischerei im ersten Halbjahr 1930 bereits darauf verwiesen, daß der Tran immer mehr ein Konkurrent für das pflanzliche Öl wird. Dieses ist in erster Linie dadurch möglich geworden, daß man heute Tran infolge eines gut ausgebauten Raffinations- und Härtingsverfahrens als Rohstoff für Speisefette verwenden kann. Die Traneinfuhr nach Deutschland ist deshalb seit 1913 um das Mehrfache gestiegen. Betrachten wir die Traneinfuhr der letzten Jahre und stellen sie dem Jahre 1913 gegenüber, dann erhalten wir folgendes Bild:

Jahr	Menge in dz.	Jahr	Menge in dz.
1913	510 780	1925	447 862
1920	169 015	1926	547 423
1921	290 650	1927	797 580
1922	629 297	1928	995 083
1923	464 302	1929	1 203 062
1924	380 057	1930 (I. Halbjahr)	1 068 549

Zu diesen Zahlen muß zunächst bemerkt werden, daß der Tran bei der Einfuhr bei weitem überwiegt. Die Einfuhr an Walfischspeck usw. ist fast bedeutungslos. So wurden z. B. 1928 = 992 646 Doppelzentner Tran und nur 2437 Doppelzentner Speck eingeführt. 1929 betrug die Traneinfuhr über 1,2 Mill. Doppelzentner, während die Fisch-, Robben- und Walfischspeckinfuhr nur 1343 Doppelzentner beträgt. Im übrigen kann nach den Zahlen festgestellt werden, daß wir in den ersten Nachkriegsjahren bei der Traneinfuhr hinter dem Jahre 1913 stark zurückstehen. Aber bereits im Jahre 1922 haben wir die Einfuhr von 1913 überholt. In den nächsten Jahren treten dann Schwankungen auf. Im Jahre 1928 wird die Einfuhr von 1913 wieder überschritten, und dann geht es mit Riesenschritten bergauf. Im Jahre 1929 ist die Einfuhr schon mehr als doppelt so hoch wie 1913, und im ersten Halbjahr 1930 übersteigen wir bereits die Einfuhr des Gesamtjahres 1928 und haben beinahe die doppelte Summe vom ganzen Jahre 1913 in sechs Monaten erreicht. Diese gewaltige Walfischereifahrt war nur möglich, weil auf dem Gebiete der Tranerzeugung eine starke Umstellung eingetreten ist. Zu diesem Thema brachte die „Margarine-Halbmonatsschrift“ in einigen ihrer Hefen wiederholt ganz interessante Abhandlungen. In Nr. 7, Jahrgang 1928, wird darüber folgendes gesagt:

„Vor etwa 20 Jahren wurde die Walfischerei von kleinen Booten aus vorgenommen. In neuerer Zeit hat der Walfang sich zu einem Großgewerbe mit sehr vollkommenen technischen Mitteln ausgebildet. Ingeheiß der großen Entfernungen, in denen er vorgenommen wird, gehen heute kleine Floßboote von Fangschiffen mit einem Muttereschiff hinaus. Das letzte stellt eine Großfabrik mit gewaltigen Lagerräumen im Ortsteil eingebauter Tanks dar, die 5000 bis 9000 Tonnen Tran und entsprechende Nebenprodukte zu laden vermögen. Die Walfang-Schiffe „Globas“ besitzen z. B. ein solches Fahrzeug von 9000 Tonnen, das zusammen mit vier kleineren Fangbooten die Ankerlinie ausmacht und zusammen eine Besatzung von 170 Köpfen erfordert. Das Heck ist so gebaut, daß die erbeuteten Wale des Meeres an Bord gezogen und zerlegt werden können, so daß die toten Tiere nicht mehr im Schwimmen abgesetzt zu werden brauchen. Auch wird der Kadaver nicht mehr dem Meere überlassen, sondern zu Poudreite (Fischmehl usw.) verarbeitet.“

Danach hat sich der Walfischfang aus recht primitiven Anfängen zu modernen schwimmenden Walfabriken entwickelt. Dieser Fortschritt wurde dadurch gefördert, daß der Wal aus den Küstengebieten, wo ihm die Walfänger nachstellten, sich immer mehr zurückzog in Gebiete, die mit kleinen Booten nicht zugänglich waren. Um den Walfisch aufzufinden, waren nun erst recht lange, gefährvolle Fahrten erforderlich. Es war nicht mehr möglich, mit jedem einzelnen Fang an Land zu ziehen, die Tiere dort zu zerlegen und zu verarbeiten. Alle diese Dinge haben darauf hingedehnt, daß heute ein großes Muttereschiff mit kleineren Fangschiffen in die Gebiete hinausfährt, wo der Wal fängt, um ihn dort zu fangen und zu verarbeiten. Mit voller Ladung kehrt dann das Muttereschiff in die Heimat zurück, während die Begleit- und Fangboote in der Nähe der Fangstätten, die sich z. T. an der südamerikanischen und indonesischen Küste befinden, aufgelegt werden. Sind doch schon Muttereschiffe gelandet, die 50 Wale zerlegt und verarbeitet hatten.

Das in dem Zitat geschilderte Tranerzeugungsunternehmen steht nicht einzig in seiner Art dar. Es gibt noch einige derartige schwimmende Walfabriken. Den neuesten Unternehmungen dieser Art sind nicht nur 4 bis 6 kleinere Fangfahrzeuge beigegeben, sondern auch Transportfahrzeuge, die die gewonnenen Produkte vom Muttereschiff in die Heimat, an Land bringen. Die schwimmende Fabrik kann so monatelang auf hoher See bleiben, um Tran zu erzeugen. In letzter Zeit ist man dazu übergegangen, die Fanggebiete durch Flugzeug zu erforschen, die dann die Fangschiffe auf funkentelegraphischem Wege verständigen, wo sie ihre Beute am besten finden können. Über die Leistung eines solchen Muttereschiffes sagt die „Margarine-Halbmonatsschrift“ in einem Aufsatz in Nr. 5, Jahrgang 1929, folgendes:

„Eine schwimmende Fabrik kann pro Tag 10 Wale verarbeiten, und was dies bedeutet, kann man am besten daran erkennen, daß ein Muttereschiff - Postbote gehören zu den häufigsten - nicht selten alle 25 Tage 11 Tage - 195 Kilogramm enthält. Wir erwähnen nebenbei, daß ein weiterer Teilbestandteil des Wales das bekannte Parfüm „Ambre“ ist, welches allerdings mit den Eckelementen des Tieres nicht ausgetrieben wird. Die Fischereifahrt der Muttereschiffe beträgt wegen ihrer Weite 700 bis 800 Meilen, während die Muttereschiffe eine besonders große Anzahl schwimmender Schotter-Tanks neben den anderen wichtigen Schwimmschiffen und sonstigen Ein-

richtungen enthält, deren Einbau von unseren sehr leistungsfähigen Werften und Maschinenfabriken leicht bewerkstelligt werden kann.“

Danach werden also ungeheure Mengen Tranöl aus einem Wal gewonnen. Bei der Tranerzeugung hat Norwegen von jeher eine historische Bedeutung gehabt. Es ist noch heute dasjenige Land, das die Tranerzeugung in großem Umfang betreibt. In den letzten Jahren wurden in Norwegen bis zu 5000 Menschen beim Walfang beschäftigt. Bereits 1921 gewann Norwegen 281 000 Faß Öl im Werte von 36 Millionen Kronen, 1928 betrug seine Produktion an Walfisch 656 000 Faß, mit 745 000 Faß bestritt Norwegen im Jahre 1927 annähernd die Hälfte der 1 400 000 Faß betragenden Jahresproduktion überhaupt. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, welche Bedeutung Norwegen bei der Tranerzeugung hat. Aber die Einrichtung derartiger Schiffe sagt die „Margarine-Halbmonatsschrift“ in Nr. 18, Jahrgang 1930, folgendes:

„Schematisch stellt sich die eigentliche Fabrik folgendermaßen dar. Nachdem das Schiff, falls es die Slipvorrichtung hinten hat, achterlich getrimmt ist, wird der Wal die geneigte Ebene hinaus bis zum Schlachtdeck (Arbeitsdeck) an Ketten durch zwei Winden von je 50 Tonnen Hublast gezogen. Der Speck wird in Streifen geschnitten und in die Füllöffnungen der in dem Zwischendeck aufgestellten Presskessel geworfen.“

Die sogenannten Fleischteile werden in die Füllöffnungen der Hartmann-Apparate (Tierkörperverwertungsapparate) geleitet, wo sie zerquetscht und ausgekocht werden. Gleichen Zwecke dienen die mit Rührwerk versehenen hinteren 12 Kessel. Hierhin gelangt das Fleisch, nachdem es durch die Öffnungen der Hackmaschinen zugeführt, dort zerkleinert und von darunterstehenden Pumpen abgelaugt ist. Diese Pumpen drücken die Masse durch eine Leitung mit acht Abzweigrohren nach den Kesseln. Das gewonnene Öl gelangt durch die Leitung nach den Sammelstanks. Von hier führt eine Rohrleitung nach den Sektanks, von wo das Öl, sobald es zur Ruhe gekommen ist, von den Pumpen abgelaugt und nach den Separatoren-Luftwärmetauscher gedrückt wird, um es vorzuwärmen und dann den Separatoren mit eigenem Gefälle

Das ist sinnlose Rationalisierung, die den Menschen unglücklich macht.

Alle Welt weiß, daß das Proletariat unserer Zeit hauptsächlich durch die Einführung und Verbesserung der Maschinen bedingt worden ist, daß in dem Maße, als der Ackerbau, die Fabrikation, die Schifffahrt und der Straßenverkehr durch die Vervollkommenung der Gerätschaften eine nie geahnte Ausdehnung erlangt haben, die Menschenkraft alle Autonomie verloren hat und als ein Glied, als ein zwar lebendiges, aber totem Wert äquivalentes (gleichwertiges) in den Maschinenbetrieb eingetreten ist. Die Menschen gelten nur noch als Hände. Soll das aber der Sinn der Maschinen in der Kulturgeschichte der Völker sein? Sollen die Triumphe des menschlichen Geistes zu weiter nichts dienen, als das Menschengeschlecht elend zu machen? Gewiß nicht!

zuschießen zu lassen. Die Separatoren erhalten gleichzeitig mit dem Öl warmes Wasser aus einem auf Deck aufgestellten, mit Heizschlängen versehenen Seewassertank. Mit solche Separatoren und zwei Reinigungsmaschinen sind gewöhnlich im ganzen eingebaut. Das in den vorderen Presskesseln gewonnene Öl läuft in einen Sammelstank, der für drei verschiedene Sorten Öl vorgesehen ist. Mit Hilfe eines in der Jaleitung angeordneten Schwemmhahns kann das Öl je nach Qualität einem bestimmten Teil des Tanks zugeleitet werden. Um das Kondensat abzupumpen zu können, das durch den zum Teil unmittelbar in den Kessel geführten Dampf entsteht, ist eine Leimwasserleitung angeordnet. Sie führt in den Leimwassertank und von dort in den Ölabscheider. Oben am Tank wird das Öl durch eine Überlaufleitung zurückgewonnen. Das Leimwasser fließt durch das Rohr in einen Trichter über Bord. Für die Hartmann-Apparate sind besondere Separatoren eingebaut, die durch Transmissions von der Hartmann-Maschine angetrieben werden. Eine hinter den 12 Kesseln eingebaute Schlammpumpe saugt den Schlamm aus den 12 Kesseln ab und drückt ihn nach 4 Schlammkesseln, die den Schmutz nochmals auskochen, um die letzten Reste zu gewinnen. Die Rückstände werden aus den Kesseln über Bord ausgeblasen.“

Wir haben es also hier mit einer großen schwimmenden Fabrik zu tun, die, mit allen Mitteln der modernen Technik ausgestattet, fern von der Heimat auf hoher See aus den Meeresriesen wichtige Rohstoffe zur Ernährung von Mensch und Tier erzeugt. Ja, nicht nur das, auch das wohlriechende Parfüm verdankt z. T. seinen Ursprung diesem Gewerbe. Die Hauptursache, die zu dieser Entwicklung von dem primitivsten Walfang zum schwimmenden Riesenbetrieb führte, war die Tatsache, daß es wissenschaftlicher Forschung gelungen ist, aus Walftran ein neutrales, gutes weißes Fett herzustellen, das zur menschlichen Ernährung verwandt werden kann, ohne daß man auch nur im geringsten von seiner Herkunft etwas merkt.

War ursprünglich der Walfang darauf eingestellt, Walfischspeck und -fleisch für Ernährungszwecke zu gewinnen, so genießen wir heute diesen Speck resp. das Fleisch in veredelter, verbesserter Form. Ein weiterer Ausbaa dieser schwimmenden Fabriken kann die Produktion an Fischöl bedeutend steigern und den Verbrauch von pflanzlichem Speisefischöl weiter zurückdrängen. Im 1. Halbjahr 1930 ist dieses z. T. schon eingetreten. Der Vorteil des Hartfettes aus Tran ist, daß es, je besser die technische Einrichtungen auf dem Schiffe sind, und je besser die Raffinations- und Härtingsanlagen sind, billiger hergestellt werden kann als das pflanzliche Öl. Deshalb dürfte dem Tranfett auch noch in weitestem Umfange die Zukunft gehören. Eine Grenze ist allerdings der Herstellung von Tranfett auch gezogen. Das ist der natürliche Zuwachs der Wale. Man muß sich hüten, hier an eine unerschöpfliche Quelle zu denken und Raubbau zu treiben, sonst sind eines Tages die Gebiete soweit ausgefischt, daß der Fang nicht mehr lohnend ist. Dahin dürfte es aber in nächster Zeit kaum kommen. Man kann also mit einer weiteren Steigerung der Tranproduktion und des Verbrauches von Tranfett zu Speisewegen rechnen. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Christbaumschmuck, Spielwaren und Blumen aus Glas.

Tief in den Wäldern Thüringens, z. T. noch nicht an den Schienenstrang angeschlossen, liegen die Walddörfer, in denen der Christbaumschmuck zum Versand in alle Weltteile hergestellt wird. Hier werden die verspiegelten Glaskugeln, Keffen, Spigen, Glöckchen, Vögel, Trompeten usw. in tausenden verschiedenen Arten erzeugt. Der Industriezweig ist der entscheidende wirtschaftliche Faktor in den Orten Lauscha, Steinheid, Ernstthal, Steinach, Haselbach, Hasenthal usw.

Die engen Täler und die bewaldeten Höhen des Thüringer Waldes, insbesondere die Gegend der Glas-Heimindustrie, werden alljährlich durchwandert von vielen Tausenden von Menschen, Schulklassen und Wandertrupps, aber auch Wissenschaftler halten Einkehr in den Hütten der Heimarbeiter, um die Glaskunst vor der Gebläselampe kennen zu lernen; denn wer die Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des Thüringer Waldes erfassen will, darf an der Glasbläser-Heimarbeit nicht vorbeigehen.

Neben Christbaumschmuck werden in der Glas-Heimindustrie hergestellt: Glasblumen aller Art, Nippesartikel, Spielwaren sowie künstliche Menschen-, Puppen- und Tieraugen.

Kunstgewerblich, kultur- und sozialhistorisch ist der Industriezweig sehr lehrreich. Seine Produkte begründen den Welt Ruf des ganzen Industriebezirkes Sonneberg-Lauscha mit; sie verkörpern das ganz besondere Wesen und Empfinden eines bestimmten Volksschlages und sind von einer unachahmlichen Eigenart. Es ist nicht zu leugnen, daß in der Glas-Heimindustrie viele künstlerisch veranlagte Naturen anzutreffen sind. Aber sie werden gehemmt, ihre Veranlagung weiter zu entwickeln, durch allzu schlechte Bezahlung ihrer Arbeit. Nur wenigen ist es vergönnt, ihre künstlerischen Schöpfungen angemessen zu verwerken; das Gros der Heimarbeiter steht unter dem Lohndruck der modernen „Zwingherren“, der Verleger.

Die Entwicklungsgeschichte der Christbaumschmuck-Industrie und Herstellung von Glasblumen und -spielwaren sagt, daß schon seit den neunziger Jahren des 16. Jahrhunderts in den heimischen Wäldern Südthüringens Glas bereitet wurde. Wir kennen auch die interessante Konzeptionsurkunde des Herzogs Johann Kasimir von Koburg aus dem Jahre 1597, durch die den beiden ersten Lauschaer „Gläsern“ Hans Dreiner und Christoph Müller bedeutende Gerechtigkeiten für alle Zeiten verliehen wurden. Es ist besonders interessant, daß gerade eine Zeit wie der 30jährige Krieg, der doch seine Geißel furchtbar über Deutschland schwang, Anlaß dazu war, der alten Dorfstätte in Lauscha einen floßen Geschäftsgang zu garantieren. Ihre verfechtete Lage „in des Waldes steffen Gründen“ kam ihr sehr zustatten. Wenn sie auch nicht die erste Hütte auf dem Thüringer Walde war, so war sie aber ganz sicher die bedeutendste, von der aus überall im Umkreis Lotharhütten errichtet wurden. Diese Hüttengemeinschaft befriedigte jahrzehntelang den deutschen Glaskonzern in beachtlicher Weise mit Buhenscheiben, Balsamfläschchen (Medikamentengläser) und Trinkgläsern, die in vielen Formen mit manchem schönen Bildchen und manchem lustigen Spruch verziert in den Handel kamen. Das Lauschaer Ortsmuseum gibt einen guten Überblick über die Entwicklung der Hütten-erzeugnisse der damaligen und vor allem der späteren Zeit.

Aus der Tätigkeit in der Glashütte Lauscha wuchs die Heimarbeit. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts beginnt man mit der Anfertigung von geblasenen Glasperlen vor der Gebläselampe. Damit hält die Heimindustrie ihren Einzug in die Täler des Thüringer Waldes. Im Laufe der Zeit werden Taupropfen, Bleiperlen, Schwarzperlen, farbige Perlen und schließlich auch Fisch- und Wachsperlen angefertigt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts setzt in Lauscha die Glaspielwarenfabrikation ein, aus der sich allmählich die Kunstglasbläserei heraushebt und die heute in Lauscha einige Glaskünstler zu ihren besten Rönnern zählt. Ganz allmählich entwickelt sich aus der Perlenindustrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Herstellung von Christbaumschmuck; denn erst nach den Freiheitskriegen findet der Weihnachtsbaum in größerem Maße Verwendung in deutschen Landen (etwa 200 Jahre vorher stand der Urvafer unseres Weihnachtsbaumes in Straßburg). Die Herstellung von Baumschmuck spielte jedoch bis in die siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Lauscha nur eine untergeordnete Rolle, im Vergleich zu den übrigen Erzeugnissen der Glas-Heimindustrie.

Das änderte sich, nachdem 1867 in Lauscha eine Gasanstalt gebaut war. Nunmehr konnte der Glasbläser den Gasapparat zum Glasmelzen benutzen, ein gewaltiger Fortschritt gegenüber der Öllampe. Bei gleicher Arbeitszeit konnte die Produktion erheblich gesteigert werden, da die Heizkraft des Leuchtgases naturgemäß eine viel intensivere ist als die des Petroleum. Gleichzeitig werden die Formen des Baumschmuckes viel größer und mannigfaltiger. Der Phantastik beginnt seinen Siegeszug durch die Welt anzutreten. Ungefähr um dieselbe Zeit wird auch die Silberverspiegelung der Christbaumschmuckherstellung nutzbar gemacht. Sie löst die nicht ungefährliche Bleiver Spiegelung ab. Die neu entdeckten Anilinfarben geben im Verein mit der Silberverspiegelung dem neuen Christbaumschmuck ein geschmackvolleres Aussehen. Die Christbaumschmuckmacher erholten sich unter den besagten Erscheinungen wirtschaftlich sichtlich. Die Industrie hatte eine aufsteigende Kurve. Wurde vorerst der Christbaumschmuck nur in Deutschland abgesetzt, so überschritt er nunmehr auch eine Reihe ausländischer Märkte. Aber schon in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte allmählich eine feste Preisdrückerei ein. Es soll in diesem Artikel nicht untersucht werden, wo die Gründe dafür lagen. Tatsache ist aber, daß sich diese Preisentwicklung heute bereits katastrophal auswirkt. Eine ähnliche Preisentwicklung machte sich leider auch in allen anderen Zweigen der Glas-Heimindustrie bemerkbar. Auch für Puppen-, Tier- und Menschenaugen, für kunstgeblasene Artikel aller Art, für gelbeneren Glas und für Porzellan wurden die Preise

Löhne gezahlt. Unter solchen Erwerbsumständen kommen mit der Zeit die ehemaligen von schöpferischer Kraft durchdrungenen Glasbläser zur geistigen Verelendung. Auch das soziale Elend und die wirtschaftlichen Nöte halten ihren Einzug. Die Heimindustrie wird zum Tyrannen der gesamten Familie des Glasbläfers.

Mann, Frau und Kinder hängen an der Arbeit. Dabei erledigt die Frau des Glasbläfers ohne Frage das größere Arbeitspensum. Sie ist schon von jeher eingespannt gewesen in die Arbeit. Die bittere Notwendigkeit gab den Anlaß dazu; denn der Glasbläser als Familienvater ist nicht in der Lage, seine meist zahlreiche Familie mit seiner Hände Arbeit allein zu ernähren. Da mußte eben die Frau zugreifen, mußten die Kinder herangeholt werden, die mit müden Augen die leichteren Arbeiten verrichten. — Diese Frauen, die erst an zweiter Stelle an ihre ureigensten Pflichten denken dürfen, erst an zweiter Stelle Hausfrau und Mutter sein können, treten uns als Opfer und Ankläger der grausamen Auswirkung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung entgegen. Mehr als tausend Bücher schildern die Verhältnisse, unter welchen diese Heimarbeiterfrauen ihr Dasein fristen müssen, und liefern den Beweis vielfältiger sozialer Ungerechtigkeit. Und diese Verhältnisse müssen bedauerlicherweise festgestellt werden in einer Industrie, die Monopolstellung besitzt. Ein Zeichen, was mitteilungslos, grausame Unternehmerwillkür zu leisten vermag in bezug auf Beseitigung der Wohlfahrt der Heimarbeiter.

Wie viele Versuche wurden schon unternommen, die Fabrikation von Christbaumschmuck sowohl auf andere Orte im Reich, als auch ins Ausland zu verlegen, aber stets mit negativem Erfolg. Bisher ist die Monopolstellung des Artikels nicht zu unterbinden gewesen. Die Bodenständigkeit dieser Industrie ist hierdurch nicht ins Wanken geraten — weitere Versuche werden denselben Erfolg haben —, weil die Eigenart der Herstellungsweise keine andere Betriebsform als die Hausindustrie zuläßt.

Die Besitzer des Monopols sind die Verleger. Sie treiben damit Mißbrauch in schlimmster Form; denn sie sind nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht und lassen die Arbeiter der Monopolindustrie geistig und körperlich verelenden und verelenden. H. Elfein.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Fast 500 000 Klagen vor den Arbeitsgerichtsbehörden.

Das deutsche Unternehmertum wird immer schroffer der Arbeiterschaft gegenüber, steckt immer mehr den Scharfmacher heraus. Das zeigt sich darin, daß im Jahre 1929 vor den 527 Arbeitsgerichten, die wir in Deutschland haben, nicht weniger als 427 604 Rechtsstreitigkeiten im Urteilsverfahren anhängig gemacht wurden. Gegenüber dem Vorjahr sind insgesamt 47 915 Rechtsstreitigkeiten mehr im Urteilsverfahren anhängig gemacht worden. Die Arbeitgeber scheinen demnach immer weniger gewillt zu sein, die Ansprüche und Rechte zu bewilligen, die die Arbeiter und Angestellten an sie haben.

Auf allgemeine Arbeiterstreitigkeiten entfielen 277 640 (252 933), auf Angestelltenstreitigkeiten 109 880 (89 796) und auf Handwerkerstreitigkeiten 40 084 (37 060) Fälle.

Wie die Arbeitsgerichte im einzelnen im Urteilsverfahren in Anspruch genommen wurden, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung.

Es waren Arbeitsgerichte befaßt mit

Streitigkeiten	Anzahl
1— 50	100
51— 200	125
201— 500	121
501— 1 000	97
1001— 2 000	46
2001— 5 000	15
5001—30 000 und mehr	12

Die stärkste Beschäftigung hatten natürlich wieder die Arbeitsgerichte der Großstädte, wie z. B. die Arbeitsgerichte der Städte Berlin, Köln, Hamburg, Breslau, Leipzig usw. 168 250 Sachen oder vier Fünftel aller bei der Gesamtzahl der Arbeitsgerichte im Urteilsverfahren anhängigen Streitigkeiten wurden von den Arbeitsgerichten der 12 größten Städte Deutschlands erledigt.

90,8 v. H. oder 388 365 anhängige Streitigkeiten konnten 1929 zu Ende geführt werden. Diese Streitigkeiten fanden folgende Erledigung:

Vergleich im Güteverfahren	Anzahl	v. H.
Vergleich im streitigen Verfahren	98 011	25,2
Verzicht im Sinne des § 306 ZPO.	47 682	12,3
Anerkenntnis	951	0,2
Zurücknahme der Klage	9 570	2,5
Verwährungsurteil	82 263	21,2
Anderes Ende	45 935	11,3
Erledigung auf andere Weise	69 181	17,8
	36 832	9,5

Daraus ergibt sich, daß der verhältnismäßig größte Teil der Streitigkeiten eine Erledigung ohne Entscheidung im Streitverfahren fand. In vielen Fällen genügt also schon die Anrufung des Arbeitsgerichts, um den Arbeitgeber zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu veranlassen.

Aber die Dauer der durch streitiges Ende erledigten Sachen bis zur Verkündung des Urteils gibt folgende Übersicht. Aufschluß:

Zeitraum	1928	
	Jahr	v. H.
weniger als eine Woche	3 081	4,5
eine Woche bis zwei Wochen	13 027	18,8
zwei Wochen bis drei Wochen	26 306	38,0
ein Monat bis drei Monate	21 763	31,5
über drei Monate	5 004	7,2

Es ist hiermit eine gewisse Verlangsamung in der Durchführung der Urteilsverfahren festzustellen. Ferner ist aber auch leider festzustellen, daß die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte auf Grund der unsozialen

Der Wert des Streitgegenstandes betrug:

bis 20 Mk. einschließlich	70 478	16,5
mehr als 20 Mk. bis 60 Mk.	108 686	25,4
mehr als 60 Mk. bis 100 Mk.	72 052	16,8
mehr als 100 Mk. bis 300 Mk.	97 136	22,7
mehr als 300 Mk. bis zur Revisionsgrenze	75 114	17,6
über die Revisionsgrenze	4 128	1,0

Wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreites wurde die Berufung im Jahre 1929 in 4792 Sachen zugelassen, obwohl der Streitwert unter der allgemeinen geldlichen Berufungsgrenze lag.

Im Beschlahverfahren, also in Streitigkeiten zwischen Betriebsvertretung und Arbeitgeber, waren 1929 insgesamt 3247 Sachen anhängig. Auch diese Streitigkeiten sind um 10,6 v. H. oder um 312 gestiegen.

Die Arbeitsgerichte wurden im Berichtsjahr weiterhin in Anspruch genommen u. a. durch die Anträge auf Erlass eines Arrestbefehls oder einer einstweiligen Verfügung in 3278 (2711) Fällen, durch Mahnverfahren in 29 752 (23 087) Fällen.

Die vor den 80 Landesarbeitsgerichten zu erledigenden Streitigkeiten sind ebenfalls nicht weniger, sondern zahlreicher geworden. So ist die Zahl der im Urteilsverfahren anhängigen Berufungen von 13 491 um 24 v. H. auf 16 738 gestiegen.

Bei der Durchführung der Berufungen und Revisionen ist ebenfalls eine Verlangsamung eingetreten. Beim Reichsarbeitsgericht waren im Berichtsjahr in Urteilsverfahren 959 Revisionen anhängig oder 25,9 v. H. mehr als 1928 — 217.

Leider gibt uns der Ausweis über die Tätigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden keine Auskunft darüber, wie viele von den anhängig gemachten Klagen zugunsten der Arbeitnehmer bzw. zu ihren Ungunsten entschieden worden sind. Auch gibt uns der Ausweis noch keine Aufklärung darüber, wie hoch die Summen sind, die die Arbeitnehmer mittels ihrer anhängig gemachten Klagen erstritten haben. Schätzungsweise dürfte sich die jährliche Klagesumme auf rund 30—40 Millionen Mark belaufen. Zwei Drittel dieser Summe dürfte die Arbeitnehmerschaft durch ihre Klagen herausholen.

Die klagenden Arbeitnehmer, soweit sie freigewerkschaftlich organisiert sind, werden von den Verbänden, denen sie angehören, in ihren Arbeitsrechtsstreitigkeiten mit Rat und Tat unterstützt. Die Gewerkschaft steht ihnen nicht nur als Prozeßbevollmächtigter bei, sondern übernimmt auch die Kosten, die sich aus dem Rechtsstreit ergeben. Nur dadurch, daß die Gewerkschaften nicht nur ideell, sondern auch finanziell den klagenden Arbeitnehmern beistehen, werden die meisten Arbeitnehmer erst in die Lage versetzt, arbeitsgerichtlich gegen ihren Arbeitnehmer vorzugehen. Im Jahre 1929 haben die deutschen freien Gewerkschaften rund 1 Million Mark für Rechtschutz an ihre Mitglieder ausgegeben.

Lorenz Popp.

Wie hoch ist das Krankengeld des ausgefeuernten Arbeitslosen?

Von Lorenz Popp (Hannover).

§ 118 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AWAV) bestimmt, daß, wenn ein Arbeitsloser aus der Krankenversicherung ausscheidet, weil er keine Arbeitslosenunterstützung mehr bezieht, ihm dann die Ansprüche aus § 214 der Reichsversicherungsordnung (RVO) in der gleichen Weise zustehen, als wenn er wegen Erwerbslosigkeit ausgeschieden wäre.

§ 120 AWAV lautet: Als Krankengeld wird derjenige Betrag gewährt, den der Arbeitslose als Arbeitslosenunterstützung erhielt, wenn er nicht erkrankt wäre.

Was besagt der § 214 der RVO? In seinem Abs. 1 schreibt er vor: Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus, die in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.

Aber die Auslegung vorgenannter gesetzlicher Bestimmungen bestand jedoch keine Klarheit, obwohl ihr Wortlaut keineswegs mystisch ist.

Streitig war, ob ein ausgefeuerter Arbeitsloser, der gemäß der Paragraphen 118 Abs. 2 AWAV und 114 Abs. 1 RVO von seinem zustehenden Rechte im Falle der Erkrankung innerhalb drei Wochen nach der Ausfeuerung Gebrauch macht, neben den Sachleistungen aus der Krankenversicherung auch Anspruch auf Krankengeld hat und in welcher Höhe?

Mit der Auffassung, daß, da es in der Zeit nach der Ausfeuerung an einer Hauptunterstützung fehle, auch kein Krankengeld gezahlt werden könne, hat bereits die grundsätzliche Entscheidung 3649 II des Reichsversicherungsamts (Rf. für Reichsversicherung 1930, S. IV 71) aufgeräumt und sie als abwegig widerlegt. Es steht also fest, daß, wenn der Ausgefeuerter innerhalb drei Wochen nach der Ausfeuerung erkrankt, er auch noch Anspruch auf Krankengeld hat.

In der Entscheidung IIa Rn. 14/30/2 des Reichsversicherungsamts („Die Knappschaff“ 1930, S. 134) ist nun die Frage geklärt worden, in welcher Höhe dem ausgefeuernten Arbeitslosen Krankengeld zu zahlen ist. In dieser Entscheidung wird die Auffassung vertreten, daß der Arbeitslose, der nach Arbeitslosenunterstützung bezieht, wenn er erkrankt und arbeitsunfähig wird, weder einen Vorteil erzielt, noch einen Nachteil erleidet. Die Höhe des Krankengeldes liegt in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung. Das Krankengeld ist bei einer Ausfeuerung des Arbeitslosen darum genau so hoch zu bemessen, als wenn die Erkrankung noch vor der Ausfeuerung eingetreten wäre. Nur eine solche Entscheidung ist gerecht und entspricht nach der Auffassung des Reichsversicherungsamts dem Willen des Gesetzgebers.

Ein ausgefeuerter Arbeitsloser erhält also, wenn er innerhalb der drei Wochen nach der Ausfeuerung aus der Arbeitslosenversicherung erkrankt, das Krankengeld in der Höhe wie er vorher die Arbeitslosenunterstützung bekommen

Gewerkschaftliche Nachrichten.

„Hornegger“ und „Hart“ auf der Lohnkütte.

Nicht sie selbst, aber ihre Ideen. Die Firma F. W. Streppel, Bochum-Langendreer, preißt Lohnkütten an, auf deren Rückseite kurze, volkswirtschaftliche und sozialpolitische Abhandlungen abgedruckt sind. Diese kurzen Abhandlungen und Hinweise sollen dem Arbeiter und der Arbeiterin volkswirtschaftliche Kenntnisse beibringen und sie zu überzeugten Anhängern des kapitalistischen Systems machen. Auf dem Muster, das uns vorliegt, ist folgende Belehrung abgedruckt.

Sie könnten 36 293,52 Mk. besitzen, wenn Sie 40 Jahre lang jede Woche 6 Mk. auf einem Sparkonto bei 5 Prozent Verzinsung anlegen und die Zinsen immer wieder zum Kapital schlagen würden. Sie werden sagen, daß Sie einen so hohen Betrag nicht jede Woche zurücklegen können, aber sehen Sie bitte auf der Vorderseite dieser Lohnkütte nach, wieviel Sie in dieser Woche an Beiträgen für die Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zahlen müssen, und rechnen Sie den Betrag dazu, den der Arbeitgeber an diese Versicherungen und an die Unfallversicherung abführen muß (dieser Betrag wird Ihnen nämlich entzogen, weil der Unternehmer die gesamten Kosten der Arbeitskraft kalkulieren muß, ohne Rücksicht darauf, ob er die Beiträge an die Arbeiter oder an die Versicherungen auszahlen muß). Ist der gesamte Betrag für die Sozialversicherung nicht viel höher, das, was Sie sich ohne diese teuer arbeitenden staatlichen Einrichtungen zurücklegen könnten? Und doch würden Sie durch freiwillige Ersparnisse sich einen ruhigen Lebensabend und Ihren Kindern ein Erbschaftsgeld sichern können, während Ihnen die Sozialversicherung trotz der hohen wöchentlichen Beiträge im Laufe Ihres ganzen Lebens bestenfalls einen Bruchteil der Summe auszahlt, die Sie sich zusammenparen könnten.

Ein ganz einfaches Rezept, nur schade, daß es die Arbeiterschaft nicht befolgen kann. Die Hege gegen die Sozialversicherung wird auch durch dieses neue Mittel nicht an Erfolgen gewinnen. Hat die Firma Streppel denn gar nichts von Rationalisierung, Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit gehört, daß sie jetzt noch solche Milchmädchenrechnungen aufstellen kann? Wir wissen ganz genau, daß mit der Abschaffung der Sozialversicherung sofort ein ungeheurer Lohnruck von den Unternehmern einsehen würde. Nicht ein einziger Arbeiter könnte sich mit dem Lohn, den er heute bezieht, und erst recht nicht von dem Lohn nach Abschaffung der Sozialversicherung, solche Rücklagen machen. Die Firma Streppel will die Arbeiterschaft doch nicht etwa glauben machen, daß die Unternehmer den Teil der Sozialbeiträge, der auf sie entfällt, der Arbeiterschaft zugute kommen ließen, wenn es keine Sozialversicherung geben würde. Wenn den Unternehmern daran liegt, ihre Arbeiter zu kleinen Kapitalisten zu machen, warum haben sie es dann nicht getan, als es noch keine Sozialversicherung gab?

Wir glauben nicht, daß ein denkender Arbeiter, eine denkende Arbeiterin sich durch diese Belehrung auf der Lohnkütte von der Überflüssigkeit der Sozialversicherung überzeugen lassen wird. Die deutsche Arbeiterschaft weiß zu gut, daß sie ohne ihre sozialen Errungenschaften den Wirtschaftskrisen und den Wechseljahren des Lebens vollkommen schutzlos preisgegeben sein würde. Aber den Unternehmern ist im Kampfe gegen die verhasste Sozialversicherung jedes Mittel recht. Als solches Mittel wird die Arbeiterschaft auch diese neuartigen Lohnküttenvorträge ansehen und behandeln. An der Sozialversicherung lassen wir nicht rütteln. Durch den Kollektivgedanken, der auch in der Sozialversicherung zutage tritt, wird sie zu einem Stück Sozialismus. Und für den kämpfen wir.

Hermann Kube 65 Jahre alt.

Der Kassierer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Kube, wurde am 18. September 65 Jahre alt. 27 Jahre hindurch bekleidet er den Posten des Kassierers der Spitzenorganisation der deutschen Gewerkschaften. In der Öffentlichkeit ist Hermann Kube sehr wenig hervorgetreten, dafür hat er aber im stillen desto emsiger gewirkt. Wenn der ADGB in seiner ganzen Bedeutung überall so sichtbar in Erscheinung tritt, so liegt dies auch daran, daß Jahrzehnte hindurch die Finanzen dieser bedeutsamen Körperschaft in Ordnung gehalten wurden. Wir wünschen, daß Hermann Kube weiter munter und frisch auf seinem Posten verbleiben möge. Der gute Rat eines so erfahrenen Mannes wird gerade in der heutigen Zeit schlecht entbehrt werden können.

Literarisches.

„Se, Kofaken!“ Ein Roman von Johann Komaromi. Die Kofaken, die auf der ungarischen Seite der Waldkarpaten wohnen, haben der Abkammerung nach nichts mit den russischen Kofaken zu tun. Eigentlich werden sie nur Kofaken genannt, weil sie so wild und unentwickelt sind wie ihre Namensvetter jenseits der Grenze, und weil sie einige der typisch kofakischen Lebensgewohnheiten angenommen haben. Der alte Solitarij, der die Kofaken in der Erzählung führt, ist nicht nur ein Solitarij, sondern auch ein Herrscher der Kofaken, den die Kofaken und die anderen Völker der Gegend verehren. Er ist ein Mann von großem Verstand und großer Energie. Er hat die Kofaken in der Ordnung gehalten und sie vor den Angriffen der anderen Völker geschützt. Er ist ein Mann von großem Verstand und großer Energie. Er hat die Kofaken in der Ordnung gehalten und sie vor den Angriffen der anderen Völker geschützt. Er ist ein Mann von großem Verstand und großer Energie. Er hat die Kofaken in der Ordnung gehalten und sie vor den Angriffen der anderen Völker geschützt.

„Über Amerika“ von Prof. Dr. Adolf Reichwein. In der Zeitschrift „Der Proletarier“ Nr. 3, 1929, S. 134, ist ein Aufsatz von Prof. Dr. Adolf Reichwein erschienen, der sich mit der wirtschaftlichen Lage Amerikas beschäftigt. Der Aufsatz ist sehr lesenswert und gibt einen guten Überblick über die wirtschaftliche Lage Amerikas. Der Aufsatz ist sehr lesenswert und gibt einen guten Überblick über die wirtschaftliche Lage Amerikas. Der Aufsatz ist sehr lesenswert und gibt einen guten Überblick über die wirtschaftliche Lage Amerikas.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Welt Lohn.

Einem indischen Märchen nachzählt von H. W.

Ein Bauersmann, der sich in die Stadt begab, um zu kaufen und zu verkaufen, rastete bei einem Felsabhang. Da hörte er die klägliche Stimme einer Schlange, die ihn ansah, er möge ihr doch den Stein wegwälzen, hinter dem sie gefangen sei. Es solle sein Schade nicht sein.

„Wie willst du mich denn belohnen?“, fragte der Bauer. „Ich will dir jenen Dank gewähren, mit welchem auf der Welt Guttaten belohnt zu werden pflegen“, antwortete die Gefangene.

„So mag's denn sein“, rief der Mann und befreite die Schlange — kaum war sie im Freien, so drang sie auf ihn ein und wollte ihn verschlingen.

„Wie das?“, rief der Bauer entrüstet aus, „ist das der Dank, den du mir versprochen hast?“

Aber die Schlange sagte: „Eben so ist es, denn die Welt pflegt immer Gutes mit Bösem zu belohnen.“

Da sprach der Bedröhte: „Mag sein — aber ich bin ein ungelehrter Mann, laß uns einen Weisen aufsuchen, der entscheide, ob du oder ich recht habe. Seinem Spruche wollen wir uns fügen.“

Und so machten sie sich auf den Weg.

Wald kamen sie an den Eingang eines Waldes; da lag, abgemagert und halb verhungert, ein altes Roß.

„Wie kommt es?“, fragte der Bauer, „daß du nicht im Stalle deines Herrn behaglich das Gradenbrod verzehren kannst? Warum ist dein Lebensabend so trübselig?“

„O Freund“, sagte das Roß, „ich erreichte wohl hundertmal meinen Herrn durch meine Schnelligkeit aus den Gefahren der Schlacht — aber Unbarm ist der Welt Lohn!“

„Siehst du ein, daß ich recht habe?“, rief die Schlange.

Aber der Bauer antwortete: „Ein Beweisender allein genügt nicht; immer und überall werden drei Erprobungen veranstaltet; so soll es auch in unserer Sache sein!“

Sie gingen weiter und trafen einen lahmen Hund, der kläglich am stäubigen Straßentand lag und vor Elend sich nimmer weiter-schleppen konnte. Und wieder fragte ihn der Bauer, warum er von seinem Herrn verlassen worden sei, und wieder ward ihm die Lehre, daß dieser wohl die Dienste des Hundes in langen Jahren angenommen habe, als er aber nicht mehr tauglich gewesen sei als Wächter und Jäger, sei er vor's Dorf hinausgestoßen worden — denn Unbarm ist der Welt Lohn. — Und wieder wollte die triumphierende Schlange den Mann anfallen, aber sie beherrschte sich auf seine Ermahnung, es sei noch die dritte Probe zu versuchen.

Jetzt aber näherte sich ein Panther, der ihr Gespräch belauscht hatte, und zog den Bauern beiseite. „Sind deine Hemmen zahlreich und wie viele davon willst du mir geben, wenn ich dir aus deinem gefährlichen Handel mit der Schlange helfe?“, fragte er ihn mit listigem Augenzwinkern.

„O Herr!“, rief der Bauer und neigte sich tief, „alle sollen dein sein, wenn du mich von der Gefährlichkeit durch deinen Urteilspruch befreien willst!“

Nun wendete sich der Panther an die Schlange und hielt eine recht gelehrte Rede: „Man müsse vor allem den Ort der Begebenheit aufsuchen, um alle näheren Umstände des geschlossenen Vertrages genau zu erforschen.“ Er schlug vor, zum Felsen zurückzukehren, und die Schlange willigte ein.

Als sie dort angelangt waren, besah der Panther lange das Felsenloch und schüttelte nachdenklich den Kopf. Dann wandte er sich an die Schlange.

„Ich kann diese ganze Geschichte nicht glauben“, sagte er, „es scheint mir unmöglich, daß ein so großes Geschöpf wie du in diesem kleinen Felsenpalt verborgen gewesen sei!“

„Und doch hat es sich so verhalten!“, sagte die Schlange.

„Das kann ich nicht glauben, wenn ich es nicht sehe!“, sagte der Panther. Die Schlange, gereizt und ärgerlich, kroch rasch in das Loch und versteckte sich.

„Nun — siehst du es jetzt?“, sagte sie zum Panther, „genau so lag ich, als dieser Mann mich befreite.“

„Nun wohl“, sagte der Panther und winkte dem Bauern, „ist es so gewesen, daß du also lägeßt, so mögest du auch fernethin so liegen bleiben!“

Und bei diesen Worten wälzte der Bauer geschwind den Stein vor die Spalte — und die undankbare Schlange war gefangen. Der Bauer verneigte sich vor dem listigen Panther bis zur Erde und gelobte ihm bei allen dreißig Göttern, daß er ihm am nächsten Morgen seine sämtlichen Hemmen als Lohn überlassen werde. Und der Panther sprang stolz ins Gebüsch.

Als der Bauer durch sein Abenteuer verpatet heimkam, da hatte er nichts Eiligeres zu tun, als seiner Frau das Ganze zu berichten. Hier als er dankbar der List des Panthers gedachte und sagte, sie solle am nächsten Morgen die Tür des Hühnerstalles offen lassen, damit der Panther seinen Lohn holen könne, da kam er schon an! Die Frau schalt und schnappte über die Dummheit ihres Gatten.

„Wird dir später dann der Panther die Eier legen, du Schakal? Was geht dich mein Hahngefägel an? Was bist du für ein jämmerlicher Tölpel! Komme lieber und hilf mir eine Felle aufstellen für den Panther, wenn er morgen kommt!“

Der Mann vergaß wirklich den schuldigen Dank; sie bereiteten eine Falle, in die der arglos sich einstellende Panther auch wirklich geriet. Als er so hing, da sah ihn die Frau mit Faserbränden ins Gesicht und der Mann schah mit einem Speer nach ihm — und er wagte sich nicht, daß es ihm verbrannt und zerföhren, noch gelang, das Weite zu gewinnen. Als er dann wochenlang krank darniederlag, da dachte er nach — und erkannte, daß Unbarm stets der Welt Lohn ist.

Der Moorkönig.

(Schluß.)

Das erste, was der Moorkönig nach der Beerdigung bemerkte, war, daß er in der Stadt fuhr und einen Leichenstein bestellte, den schenken, der zu haben war. Der Bildhauer wollte ihn auch als ein großes Grabdenkmal verkaufen, das auch Platz für den Alten Namen hatte. Darauf aber ließ Frisch sich nicht ein. Er wollte nicht schon einem auf Köpfers Kappe haben, der auf ihn wartete, meinte er mit kniffliger Miene, und im Inneren sagte er sich, daß er noch nicht viel vom Leben gehabt habe, und daß seine schönsten Tage jetzt erst kommen sollten.

Auf Kampmanns Hofe ging es auf einmal recht lebhaft her. Viele und Stellungen, Säulen und Kanonen, alles wurde neu geweißt, der Hof wurde alle bester hergerichtet, und die Einrichtungsgegenstände der alte Kampmann mit eigener Hand aus. Die Metzger verstanden, was das auf sich hatte: es sollte wieder eine Frau ins Haus. Und sie munkelten auch, wer es sein sollte: Mäde, die große Deena von Wästel's Hofe. Die Mutter war nicht und hielt die Hofstelle gut in Ordnung. Ein Sohn war nicht da, so wollte sie der Mäde einen netten, sanfteren Brautgänger erhalten. Er sah es gern, daß der schlanke, handhafte Hinnerk Kampmann auf den Festgelagen und auch Sonntag auf der Dorfstraße bei ja ihrer Mäde hielt. Das war ein Schwägermann nach ihrem Willen. Sie ihm wollte sie ihre Tochter und ihr Besitztum gut angedenken. Aber auch dem Alten war das schon Wästel's Hofe. Der ganz nach seinem Wunsch, und auch die Witwe gefiel ihm. So dachte er gar nicht daran, seinen Hinnerk schon freizugeben zu lassen. Er selbst wollte noch einmal Heirat machen. Bald erzählten sie es

sich im ganzen Dorfe, daß der alte Braukopf mit Wästel's Mutter, die noch recht jugendlich aussah und hell in die Welt schaute, Sonntag nach der Kirche gefahren wäre. Nun wußte man doch, warum der Alte seinen Hof so schön heraufgeputzt hatte. Ausgelassen lustig war Kampmanns Bauer, wo man ihn sah. Im Gehen pfliff er mit den Leuten um die Wette, und seine Braunen ließ er vor dem schwersten Ackerwagen nur noch im Trabe gehen. Bald wußten die Leute im Dorfe wieder etwas Neues: An einem Sonntagmorgen war der Alte, reich ausgerüstet, mit seinem schwarzen Rock und seiner schönsten Seidenkappe, den schmucken Gehstock in der Hand, nach Wästel's Hofe gewandert. Die stattliche Witfrau hatte ihn freundlich aufgenommen, ihm das Vieh und die Schränke gezeigt und war mit ihm durch die Felder gegangen. An dem Erfolg des Altes zweifelte man nicht mehr.

Hinnerk, der sich schon große Hoffnungen auf die baldige Hochzeit mit seiner Mäde gemacht hatte, bekam einen heißen Kopf, so oft er von den Leuten hören mußte, daß der Alte auf Freiersfüßen gehe. Ihm, dem fleißigen Jungen, war auf einmal jede Arbeit auf dem Hofe zuviel, da er sie mit Widerwillen tat. Mit finstern Blick ging er umher, und eines Tages hielt er's nicht mehr aus und fragte den Vater kurzweg, ob er darauf rechnen könne, daß er in nächster Zeit Bauer würde, um heiraten zu können.

„Ne, mein Junge“, sagte der Moorkönig, „das hat noch Zeit. Du bist noch jung, brüht dich noch zu frieren!“

Das klang gemächlich, aber bestimmt. Der Junge nahm noch einmal einen Anlauf:

„Aber du heßt doch all saken eseggt, dat wedder'n Fru up'n Hoff mößst!“

„Dat schall mine Sorge sin! Da laß du dine Nase zwischen herute! Ich well all für allens upkamen.“

Nun wußte Hinnerk, daß er nichts mehr zu hoffen hatte. Was der alte Eisenkopf sich vorgenommen hatte, das brachte er zu Ende.

„Denn so is't woll beter, ich geh miner Wege!“, sagte Hinnerk mit geprehter Stimme.

„Dat dank!“, kam es gleichgültig zurück. Der Alte wandte sich nicht um, sondern hielt beide Hände auf die Fensterbank gestützt und guckte in die blühenden Apfelbäume.

Hinnerk ging mit festem Schritt in seine Kammer und packte sein bißchen Kram zusammen. Er hatte seine gesunden Hände, Gott sei Dank! und die waren überall zur Arbeit willkommen! Bloß weiß weg von hier, denn er mußte vergessen lernen! Als es dunkel war, ging er nach Wästel's Hofe und fragte nach Mäde. Die Mutter kam auf ihn zu und sagte erschrocken:

„Junge, was fehlt dir? Bist ja ganz weiß am de Nase!“

Da ließ Hinnerk all seinen Kummer mit trübseligen Worten aus sich heraus. Als er aber vom Fortgehen ankam, warf sich Mäde an seine Brust, und die beiden Liebesleute standen in Schmerz verjunken, bis Wästel's Mutter es nicht mehr ansehen konnte:

„Wenn dat allens is, wat di drückt“, sagte sie mit mütterlichem Ton, „dann kann dar noch Rat summen weren! Bist man bi äsch! De Ole schall dätmal sinen Willen doch nicht hebben!“

Ein paar Tage darauf schickte sie den kleinen Knecht mit einem Briefe nach Kampmanns Hofe. Frisch sollte sich heute abend einstellen und Hunger und Durst mitbringen. Sie wollten ein Stündchen mit guten Freunden zusammen feiern.

Früh Kampmann lachte mit dem ganzen Gesichte. Nun war es soweit! Der schöne Hof war sein und die sanftere Mädein dazu! Nun gingen seine besten Jahre an. Er war doch noch ein Kerl! Die Metzger sollten Augen machen!

Als er durch den warmen Matenabend ging, ließ er seinen Stock freudig ausgreifen. Sein Herz war jung und voller Zuversicht. Ein verheißenes Lied aus seiner lustigen Lägerzeit summt er vor sich hin, das Lied von der schönen Schägerin:

Dort, wo die klaren Bächlein rinnen,
Sah ich von fern ein Hüßlein stehn;
Dort wohnt von allen Schägerinnen
Die schönste, die ich je gesehn!

Wästel's Mutter hatte ein köstliches Vesper angerichtet. Die Bauern von den Nachbardsöfen waren mit ihren Frauen gekommen, und alles freute sich an Speise, Trank und lustiger Rede. Der Moorkönig sah sich als Mittelpunkt des Ganzen. In seinen Augen war das Leuchten seiner Jugendjahre, und ein behaglich Lächeln ging über sein Gesicht, wenn seine Gastgeberin und Nachbarin mit ihm anstieß.

Als alle in heiterster Laune waren, ließ der alte Bartling, der die Rolle des pfiffigen Dorfweisen spielte, in kurzer Rede sich so vernehmen:

„Leise Främe, nu schüllt si ok weeten, wortümme dat wi hier tohope kamen sünd. Up Kampmanns Hoff mot wedder'n Fru wezen!“

„Ganz meine Meenunge!“, rief Frisch mit blanken Augen und sah seine schmucke Nachbarin an, die ihm beifällig zunickte.

„Dar hebbet sich nu fweel tohope summen, de möget siä sien und schüllt halle Hochsid maken!“

Kampmann nahm sein Glas und tat einen langen Zug. Der alte Bartling fuhr fort:



„Un na staht up, dat wi se hochleben late!“
Wästel's Mutter war hinausgegangen und betrat jetzt die Stube wieder. In ihren Händen führte sie ein junges Paar, von dem jedes verlegen zur Seite schaute.

Mit bliden Augen sah Frisch Kampmann da, während alle sich erhoben und die Gäste anstießen. Dann sprang er hoch, trat den Stuhl zur Seite und stürzte nach draußen. Der alte Bartling suchte ihn zu halten, Frisch aber rief sich los und rannte über die Diele.

Die erschrockene Gastgeberin holte ihn ein. Der Moorkönig aber schrie sie an: „Dat mi tofreden! Ton Hansnarren lat ich mi nicht brucken!“

„Nu will ich di wat seggen, Frisch!“, sagte begütigend die jugendliche Brautmutter. „Set up düssen Ogenblick deit dat ok noch nims. Aber wenn wi beiden Olen nu noch ant Hochsid maken gadt, denn hebbt de Ole gemog to lachen. We Kinner sünd groot, un wi willt doch ehrem Glücke nicht toweddern sin? Kumm, lat äsch gode Främe bleben!“

Bei kleinem legte sich des Altes Jörn. Auch daß er seinen Hinnerk wieder hatte, um den ihm doch etwas bange gewesen war, wirkte verführend auf ihn ein. Und der schöne Hof kam ja nun doch zu dem seinen. Was wollte er schließlich mehr! Er drückte Wästel's Mutter stumm die Hand und ließ sich ins gastliche Zimmer zurückbringen, in dem verlegenes Schweigen herrschte.

Sein Hinnerk trat entschlossen auf ihn zu, die blühende Heidebeeren an der Hand haltend:

„Wilt du sich nu hebben, Vater?“

„In Gottes Namen denn!“, sagte der Alte und wüßte sich durch die Augen.

So kam es, daß durch Frauenlist ein junges Brautpaar an Stelle eines alten trat. In der Ecke aber sah der rote Dieb aus dem Armbause, zog den Treckbüdel gewaltig in die Länge und ließ das alte Lied erschallen:

Wer lieben will, muß lieben,
Ohne Leiden liebt man nicht.

Und als der schlanke Hinnerk mit seiner Mäde im langsamen Schleifstapfe sich drehte, griff der alte Moorkönig heimlich nach der Hand seiner Nachbarin und raunte ihr zu:

„Du bist doch'n ganzen Baas! Gene schöll di gar nicht wedder god weeren! Aber i mag doch woll so dat beste wezen!“

Dann rief er laut: „Dierk, hier heßt du 'n Vater! Nu speek eenen für us twee Olen ganz alleene!“

Aus dem Niedersächsischen Kalender für 1927 „Der Schüttling“.

Humoristische Ecke.

Wie ist das möglich?

Pfeiffer sitzt auf der Bank und pffft.
Pfeiffer pffft nicht!
Und doch sitzt Pfeiffer auf der Bank und pffft!

Wie man's nimmt.

In einem oberbayerischen Ort mußte der alte Totengräber seinen Dienst quittieren. Es geschah das nicht ganz freiwillig. Sein Nachfolger wird ein bisheriger Gehilfe von ihm, den er nicht immer zum besten behandelt hatte. So herrscht zwischen beiden eine beengende Spannung, die sich verschiedentlich in Streit und Hader entläßt. Bei solch einer Gelegenheit läßt sich der jetzige Totengräber zu der Jörnäußerung fortreißen: „Wart nur, Lump, elendige, bis ich di amal dawisch! Dös sag ich di, hin bist, wennst mi unter d' Hand kimmst!“ Auf Grund dessen stellt der gewesene Totengräber Klage wegen Bedrohung. Bei der Verhandlung gibt der Angeklagte ohne weiteres zu, die Äußerung wörtlich so getan zu haben. Dagegen meint er auf den Vorhalt, ob er denn nicht einsehe, daß dies nicht zulässig wäre, in aller Gemütsruhe: „Herr Amtsrichter! Ich hab nur glagt, wenn ich ihn amal dawisch, und er kimmst amal mi unter d' Hand, nacha is er hin. Und dös is do gewiß. Ich bin do da Totengräber, und ich dawisch ihn do bloß, wenn er geflorb'n is, und krieg ihn erst unter d' Hand, wenn er erst amal hin is.“

Sozialdemokraten.

Um eine ungefähre Übersicht über die Aussichten der aufgestellten Reichstagskandidaten zu gewinnen, richtet ein Landrat an sämtliche Gemeindevorsteher seines Kreises ein Schreiben, in dem er anfragt, wieviel Sozialdemokraten ungefähr in der Gemeinde seien. Außer einem beantworten alle Gemeindevorsteher das Schreiben. Diesen läßt er sich rufen, um ihn nach der Ursache des Schweigens zu fragen.

„Ja, — sagt der —, wat soll ich da schreien, ich weest nicht mal, wat 'n Sozialdemokrat is.“

„Nun,“ meint der Landrat, „Sozialdemokraten sind Leute, die zum Beispiel nie genug kriegen können.“

„Oh!“ ruft der Bauer —, „denn heßt wie zwei, den Pastor un den Kantor.“

Der Wurm.

Mutter: „Stehst du, Frisch, alle diese seidenen Kleider kriegen wir von einem kleinen, schwachen Würmchen!“ — Frisch: „Das ist der Papa, nicht wahr?“

Holz- und Polsterklasse.

Zwei Herren sitzen im Eisenbahnwagen zweiter Klasse. Da fliegt dranhin ein Luftballon vorüber. Da sagt der eine: „Na, lang dauert's nicht, dann fliegen wir auch!“ — „So,“ sagt der zweite Herr, „Sie haben wohl auch ein Billett dritter Klasse?“

Margot.

Aus dem Roman der „Deutschen Illustrierten“:
„Daran hatten Margots graue Augen gefährlich zu glitzern begonnen. Sie senkte auf ihren Chef einen Blick ab, der ihn dort traf, wo er am männlichsten war.“

Finden Sie, daß Margot sich anständig verhält?

Die Theologie.

„Wie hat Ihnen meine Predigt gefallen?“
„Sehr gut, Herr Pfarrer! Was ganze Dorf hat nicht gemußt, was Sünde ist, bevor Sie hierher kamen!“

Der Spordi.

Es gibt viele Spordis, am häufigsten ist der Möbeltransporter. Der feinste Spordi ist der mit Automobilen, wobei beide huppen, nämlich der Spordis mit der Huppe und der Fußgänger beiseite. Es gibt auch Radfahrspordi, der aber nicht sein ist, indem die Spordimänner für oben, so daß sie Treten schwingen, sind sie im Treten. Der Tarspordi ist sehr gesund, dabei kann nicht viel passieren, warum sie auch egal gut heil rufen, indem sie heil geblicben sind. Die Turner sind sehr lustige Brüder, denn sie haben 4 f in einem Gürtel, das heißt: für, ferngüht, folkommen fröhlich.

(Aus Margens Aufschreibst.)